

Im Interesse der Kinder

Wohnumfeldverbesserung
ist aktiver Kinder- und
Jugendschutz

Modelle
Dokumente
Analysen

Im Interesse der Kinder

Wohnumfeldverbesserung
ist aktiver Kinder- und
Jugendschutz

Impressum

Herausgegeben von der

Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V.

Haager Weg 44 · 53127 Bonn

Telefon (02 28) 29 94 21 · Telefax (02 28) 28 27 73

Bonn 1996

Gestaltung:

particular Preprint- und Medien-Service GbR, Bonn

Inhaltsverzeichnis

Zerstörte Stadt – Zerstörte Kindheit?

Gerhard Mittelstädt 3

Spielplätze überflüssig?

Gerd Engels 6

Zerstörte (?) Stadt – Zerstörte Kindheit?

Baldo Blinkert 9

Wohnen und Wohnbedingungen junger Menschen

Antje Flade 29

Stadt für Kinder – Stadt für alle!

Rainer Wiebusch 47

Zerstörte Stadt - Zerstörte Kindheit?

Stadtgestaltung aus der Sicht des strukturellen Kinder- und Jugendschutzes

Gerhard Mittelstädt

Es ist die Aufgabe der freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe, die Lebensbedingungen und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen weiter zu verbessern. Auf Träger der Jugendhilfe, wie die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz, kommt, unabhängig von ihren spezifischen Schwerpunkten, die Aufgabe zu, als Lobby für die Interessen, aber auch die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zu wirken.

In einer historischen Betrachtung wird man von der heutigen Stadt nicht sagen können, sie sei „zerstörer“ als früher und auch schädlicher als früher. Aber während man dabei im historischen Rückblick zunächst an die zerbombten Städte nach dem Krieg und, weiter zurückgehend, eher an Seuchen, unzureichende Hygiene und verheerende Brände denkt, fallen heute stärker die Versäumnisse der Stadtplaner ins Auge. Zu nennen sind hier vor allem die Planung der Städte unter dem Aspekt des (Auto-) Verkehrs, die Trennung der Wohn- von der Arbeitswelt, die Siedlungsdichte usw.. Diese wenigen Stichworte

machen aber auch schon sinnfällig, daß man von „der“ Stadt kaum sprechen kann. Die gesellschaftliche Differenzierung bildet sich in den Städten ab, so daß die Stadtsoziologie vom Bild einer dreigeteilten Stadt ausgeht:

- die erste Stadt ist die international wettbewerbsfähige Stadt, die sich aus Bankpalästen, Kulturtempeln, Sehenswürdigkeiten und Industriestandorten zusammensetzt, und der zur Zeit die kommunalpolitische und stadtplanerische Aufmerksamkeit gilt;
- die zweite Stadt ist die normale Arbeits-,Versorgungs- und Wohnstadt für die deutsche Mittelschicht und die bessergestellten Arbeiterschichten;

die dritte Stadt ist die marginalisierte Stadt der Randgruppen, der Armen und der Arbeitslosen.¹

Wenn wir also vor der Gefahr einer zerstörten Stadt warnen, dann auf dem Hintergrund, daß die Städte in den letzten Jahren der Gefahr erlegen sind, wirtschaftli

¹ vergl. Häußermann/Siebel 1987; zitiert nach Dieter Oelschlägel: Sozialplanung in der „dritten Stadt“. In: Soziale Arbeit 3/96 S. 89

chen und Verkehrsinteressen den Vorzug vor dem zu geben, was man häufig mit Lebensqualität umschreibt. Es gibt glitzernde Fassaden, Straßenschluchten, stille Winkel, „anrühige“ Viertel, alte Quartiere, Wohnsilos, Brennpunkte, „gute Adressen“, Einkaufsstraßen und Einfallstraßen - und überall dort wohnen Menschen. Aus der Sicht von Kindern, aber nicht nur aus ihrer Sicht, macht es einen großen Unterschied, ob die Eltern im eigenen Haus mit Garten im Vorort wohnen oder in einer Mietwohnung, womöglich sogar in einem sozialen Brennpunkt. Je schlechter das Wohnumfeld, so sagen die Experten, desto schlechter die Entfaltungsmöglichkeiten der Kinder.

Heute werden der Kindheit von Kulturkritikern folgende, meist negativ bewertete Phänomene pauschal unterstellt:

- Verplanung von Kindheit im Sinne einer starken Zunahme von altersinadäquaten Planungsanforderungen
 - Verinselung von Kindheit im Sinne einer selektiven Nutzung räumlich weit auseinanderliegender Angebote, die zu einer „erzwungenen Mobilität“ führen
 - Vereinzelung und Isolierung von Kindern aufgrund rückläufiger Geburtenraten und der Zunahme von Ein-Kind-Familien.²
- Bei diesen Phänomenen handelt es sich um pauschale Behauptungen, die natürlich nicht auf alle Kinder zutreffen. Genauere Forschungen zu den Lebensverhältnissen von Kindern beweisen, daß die Bedingungen, unter denen sie aufwachsen, sehr differenziert sind.
- Um etwas über die subjektive wie objektive Qualität von Kindheit sagen zu können, müssen wir uns das Wechselspiel der Sozialisationsinstanzen Familie, Nachbarschaft, Schule, außerschulische Aktivitäten ansehen; wir müssen den Wohnraum untersuchen, die Gestaltung des Wohnum-
- Mediatisierung der Kindheit im Sinne einer unangemessenen Nutzung moderner elektronischer Massenmedien sowie deren nicht mehr kontrollierbare Auswirkungen auf kindliche Erlebniswelten
 - Verhäuslichung von Kindheit im Sinne einer Verlagerung von öffentlichen in private Sozialräume

² vgl. Thomas Arnold/Werner Wüstenhöfer, in: Sozialmagazin Heft 2/Februar 1995; S. 15

felds und die Verteilung der sozialen Infrastruktur ebenso wie der Verkehrsinfrastruktur. Es gibt glücklicherweise inzwischen eine Reihe von sehr differenzierten Studien zur Lebensqualität in einzelnen Wohnquartieren und auch erste Untersuchungen, die sich speziell mit der Situation von Kindern beschäftigen.

Zwei der bekanntesten Fachleute in diesem Bereich sind Dr. Antje Flade und Dr. Baldo Blinkert, die von der BAJ gebeten wurden, über ihre Arbeit zusammenfassende Beiträge für diese Materialsammlung zur Verfügung zu stellen. Der Kontakt mit den beiden ExpertInnen kam zustande bei der Vorbereitung einer Veranstaltung, die die BAJ im Rahmen des 10. Deutschen Jugendhilfetages in Leipzig am 31.5.1996 durchgeführt hat. Sie finden einen kurzen Pressebericht über diese Podiumsdiskussion im Anschluß an diese Einleitung.

Ergänzt wird dieses Materialheft, das den Zweck erfüllen soll, eine Diskussion zu eröffnen und nicht abzuschließen, durch eine kurze Projektbeschreibung des Deutschen Kinderhilfswerks.

Das vorliegende Heft ist ein Versuch, die Mitglieder der BAJ und weitere Interessierte über Ergebnisse der laufenden Arbeit der BAJ zu informieren. Es soll die Veröffentlichungen in der Fachzeitschrift Kind Jugend Gesellschaft ergänzen und wird sich in unregelmäßigen Abständen mit jeweils einem Thema des Kinder- und Jugendschutzes beschäftigen.

Spielplätze überflüssig?

BAJ-Veranstaltung beschäftigte sich mit Stadtgestaltung

Gerd Engels

Mit der Bemerkung, daß nach seinen Untersuchungen Spielplätze für die Beurteilung der Qualität des Wohnumfelds für Kinder recht unerheblich seien, rief der Freiburger Soziologe Dr. Baldo Blinkert bei einer BAJ-Veranstaltung den Widerspruch der versammelten Fachkollegen hervor. Dr. Antje Flade berichtete von einer Untersuchung, die auch kleinere Städte berücksichtigt habe und zu durchaus anderen Ergebnissen gekommen sei. Die Kontroverse konnte beigelegt werden, denn bei der Äußerung von Dr. Blinkert bezog er sich auf Ergebnisse aus der Großstadt Freiburg- und in der Tat ist die Bedeutung von Kinderspielplätzen in kleinen und mittleren Städten nach statistischen Untersuchungen größer. Sie erlangen ihre Bedeutung vor allem als Orte der Kommunikation. Einig waren sich die versammelten Fachleute darüber, daß die Anlage der Spielplätze stark verbesserungswürdig ist. Dr. Blinkert hat in einem Gutachten für die Stadt Freiburg geraten, alle Geräte abzubauen und statt dessen Hügel und Wasserläufe anzulegen und den Kindern Steine, Holz und Matsch zum Spielen anzubieten. Mit diesen Maßnahmen konnte bei

einem Spielplatz in Freiburg die Attraktivität so gesteigert werden, daß es dort nun eine Bürgerinitiative gibt, die mit der Forderung angetreten ist, den alten Zustand wiederherzustellen.

Austragungsort der gerade beschriebenen Szene war eine Fachveranstaltung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) beim diesjährigen Jugendhilfetag in Leipzig. Unter dem Titel „Zerstörte Stadt – zerstörte Kindheit?“ hatte die BAJ Fachleute zu einer Diskussion über Stadtgestaltung aus der Sicht des strukturellen Kinder- und Jugendschutzes eingeladen. Neben den schon Genannten nahmen an der Veranstaltung als Podiumsteilnehmer der Reutlinger Verkehrspsychologe Dr. Rudolf Günther, der Leipziger Stadtplaner Wolfgang Kunz sowie der Bundestagsabgeordnete Klaus Hagemann als Vertreter der Kinderkommission des Bundestages teil.

Neben den Podiumsteilnehmern konnte der BAJ- Vorsitzende Gerhard Mittelstädt rund 80 Zuhörerinnen und Zuhörer im Hörsaal der Leipziger Universität begrüßen. Er nahm die Gelegenheit wahr, auf den Bedeutungszuwachs der gesamtge-

sellschaftlichen Zusammenhänge für den Kinder- und Jugendschutz hinzuweisen. Prof. Dr. Bruno W. Nikles nahm als Moderator der Veranstaltung in seiner Einführung dieses Stichwort auf und erläuterte den Anwesenden, warum sich eine Bundesarbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendschutz mit der Frage der Stadtentwicklung auseinandersetzt. Wenn es die Aufgabe des Kinder- und Jugendschutzes ist, Gefährdungen zu vermeiden oder zumindest zu mildern, so muß er sich auch mit der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen in ihrer Gesamtheit auseinandersetzen.

Dr. Rudolf Günther fragte denn auch im Anschluß an seine Ausführungen zum Thema Kinder und Verkehr nach dem heimlichen Lehrplan der Gesellschaft, nach den Sozialisationszielen. Wenn es um eine Vorbereitung auf das Leben gehe, die die Kinder- und Jugendphase zu leisten habe, müsse man kritisch hinterfragen, ob es wirklich so naheliegend sei, die Kinder vom Fernseher wegzulocken, ihnen ungefährliche Wege zu Spielplätzen anzubieten, wo sie dann ihrer Kreativität freien Lauf lassen können. Leider war keine Gelegenheit, auf diese als Provokation gemeinte Frage einzugehen. Dr. Blinkert hatte allerdings schon in seiner Eingangsbe-

merkung darauf hingewiesen, daß man mit solchen Schlagworten wie „Verhäuslichte Kindheit“, „Medienkindheit“, „überorganisierte Kindheit“ und so weiter sorgfältig umgehen müsse, da solche Pauschalisierungen den Blick für die Realität trüben würden, sowohl was einzelne Kinder und Jugendliche als auch was die Situation in einzelnen Stadtteilen oder Wohngebieten angehe. Dr. Blinkert hat sich in seinen Forschungen mit den Aktionsräumen von Kindern beschäftigt und eine Reihe von Indikatoren gefunden, nach denen die Qualität des Wohnumfelds von Kindern beurteilt werden kann. Dr. Flade ergänzte diese Angaben um eine Reihe von Details zur Wohnsituation. Von den speziellen Problemen der Stadt Leipzig im Jahr sechs der Wiedervereinigung berichtete der Leiter des Planungsamts Wolfgang Kunz. Obwohl hier in wenigen Jahren Umbrüche stattgefunden hätten, die im Westen in Generationen verkraftet werden müssen, habe man dennoch auch die Belange der Kinder und Jugendlichen im Auge.

In der anschließenden Fragerunde des Publikums ging es unter anderem darum, ob man durch die von Klaus Hagemann MdB geforderte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Planung auch

„soziale Kosten“ senken könne. Leider, so die Fachleute, gebe es darüber keine Untersuchungen, aber Rudolf Günther forderte das Publikum in diesem Zusammenhang auf, sich mit Blick auf die Jugendhilfe insgesamt mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß verstärkt an alle Maßnahmen das Effizienzkriterium herangetragen werde. Zwar habe auch er keine Belege für den finanziellen Wert von Beteiligung, führte Baldo Blinkert aus, aber zumindest hätten seine Untersuchungen ergeben, daß es eine Beziehung gebe zwischen der Wohnraumqualität und dem Betreuungsbedarf. Der Betreuungsbedarf steige nicht nur durch die familiäre Situation, sondern auch durch die schlechtere Aktionsraumqualität für Kinder. Wer in das Wohnumfeld investiere, könne bei der Betreuung mit Einsparungen rechnen.

Wie die Stadtgestaltung zum Wohle der Kinder konkret verbessert werden kann, stellte Baldo Blinkert in einer kurzen Zusammenfassung der Maßnahmen vor, die sein Institut der Stadt Freiburg vorge schlagen hat. Bei den Maßnahmen mit Blick auf den Straßenverkehr ging es ebenso um „Tempo 30 in Wohngebieten“ und Parkraumbewirtschaftung wie um Verbreiterung der Gehwege auf 3 Meter, den Einbezug der Vorgärten, die Umge-

staltung von Wohnstraßen in Wohn-Spielstraßen oder den Rückbau von Kreuzungen, der viele Anwohnerstraßen zu Sackgassen machen würde. Vor allem ging es Baldo Blinkert aber darum, für Kinder attraktive Alternativen zu finden: so forderte er die Vernetzung von Spielorten durch ungefährliche Wege, die Steigerung der Vielfalt von Spielorten und den schon erwähnten Rückbau von Spielorten.

Diese Liste vor Augen konnte Prof. Nikles in seinem Schlußwort resümieren, daß der Einsatz für eine kinderfreundliche Stadt letztlich für alle Generationen einen Gewinn brächte und einen Zuwachs an Lebensqualität bedeuten würde. Stadtgestaltung ist deshalb ein wichtiges Instrument, weil hier die politischen Institutionen und damit die Allgemeinheit Eingriffsmöglichkeiten besitzen, um die soziale Lage der Kinder und Jugendlichen zu verbessern, während sie weder in die Familiensituation eingreifen können (abgesehen von absoluten Notfällen) noch der Wirtschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen vorschreiben können.

Zerstörte (?) Stadt – Zerstörte Kindheit?

Plädoyer für den kreativen Freiraum

Baldo Blinkert

Als ich in dem Alter der Kinder war, über die ich jetzt eine umfangreiche Forschung durchgeführt habe – vor etwas mehr als 40 Jahren –, gab es so manches nicht, was heute selbstverständlich ist: es gab keine Spielplätze, oder nur sehr wenige; es gab keine Superkinderparties von McDonald; Kinderkommissionen und Kinderbeauftragte waren unbekannt; es gab keinen Abenteuerspielplatz und natürlich konnte sich niemand vorstellen, seine Kinder in eine Spieltherapie oder zu einem Erlebnispädagogen zu bringen.

Alles das gab es nicht, aber es gab etwas anderes, sehr wertvolles: nämlich Freiräume, wo wir ohne Aufsicht und Betreuung mit anderen Kindern spielen konnten – und mußten. Wir brauchten keine Abenteuerspielplätze, weil wir in unserem unmittelbaren Wohnumfeld genügend Abenteuer erleben konnten – und die Vorstellung, daß ein Kind zum Spielen betreut oder gar animiert werden müßte, wäre einigermaßen absurd gewesen.

Erst in den 60er-Jahren sind diese Freiräume allmählich und dann immer schneller verschwunden: Die Baulücken

wurden zugebaut – die Städte verdichtet. Der Verkehr nahm zu. Der Nahbereich um die Wohnungen wurde als Mobilitätshindernis erlebt und autogerecht umgestaltet. Immer mehr Wohngebiete wurden aus der Stadt nach außen verlagert – in die tristen und langweiligen Schlafstädte, wo nichts los ist – wo Kinder nichts interessantes beobachten können und wo man ihnen noch nicht einmal erlaubt, das gepflegte Abstandsgrün zwischen den Hochhäusern zu betreten oder in den durch Tuja-Hecken geschützten Vorgärten zu spielen.

Im Verlauf dieser Entwicklung gingen den Kindern in der Stadt immer mehr *Aktionsräume* verloren. Aktionsräume sind Territorien, die für Kinder zugänglich sind – die sich erreichen lassen und für die es keine Verbote gibt, die – gemessen an der Risikokompetenz von Kindern – gefahrlos sind, die für Kinder im Sinne ihrer Interessen und Möglichkeit gestaltbar sind – wo man sich nicht langweilt und wo es Interaktionschancen mit anderen Kindern gibt. Diese vier Merkmale – Zugänglichkeit, Gefahrlosigkeit, Gestaltbarkeit und Interaktionschancen – bilden einen Aktionsraum. Im Verlauf der Stadtentwicklung

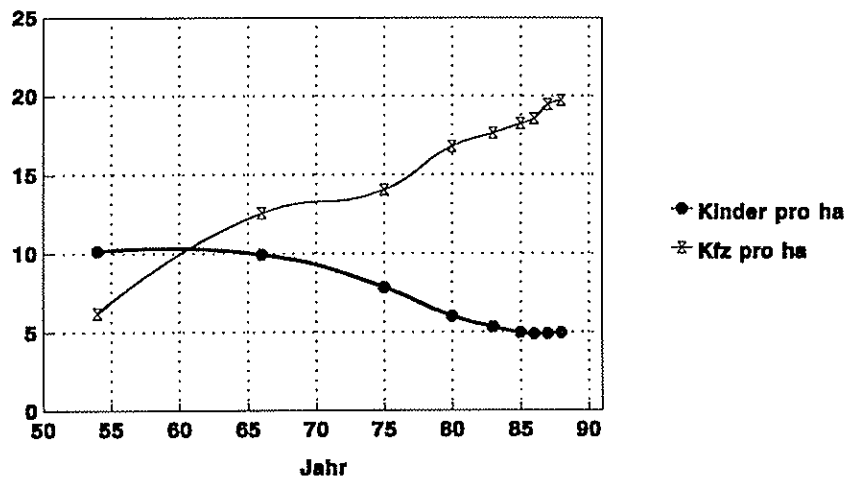
sind Aktionsräume in diesem Sinne in zunehmendem Maße verlorengegangen. Wie dramatisch diese Veränderungen sind, zeigt allein schon die Entwicklung der „Auto-“ und „Kinderdichte“ (Abb. 1) Waren Mitte der 50er-Jahre die Kinder pro Hektar Stadtfläche noch sehr viel stärker vertreten als die Kraftfahrzeuge, so hat sich das innerhalb von nur 30 Jahren grundlegend geändert.

Kinder in Großstädten können also immer weniger über Aktionsräume verfügen. Sie haben immer weniger die Möglichkeit, sich draußen spontan und unbeaufsichtigt aufzuhalten. Für immer mehr Kinder ist der Nahraum um die Wohnung entweder gefährlich oder langweilig und nicht selten beides. Auf eigene Faust können sie nichts unternehmen, es gibt nichts zu entdecken, sie können nichts mehr herstellen oder verändern.

Um das zu kompensieren muß ein riesiger

Abbildung 1

Von der "Kinder-" zur "Autostadt" Kinder und Kraftfahrzeuge In Freiburg pro ha Stadtfläche (ohne landwirtsch. genutzte Flächen)



FIFAS-Graphik

Aufwand betrieben werden: Spieltherapien, Erlebnispädagogik, Spielplätze, betreute Spielgruppen. Und die Jugendämter bieten auffällig gewordenen Kindern

nicht nur Erlebnisse an, sondern „erlebnispädagogische Maßnahmen“ werden *verordnet* – das Erlebnis wird gewissermaßen vollstreckt. Auch die Industrie hat die De-

fizite moderner Kinder entdeckt und die damit verbundenen Profit Chancen. Die jedes Jahr erneut auf den Markt geworfene Flut von Spielwaren und Spielen findet stets ihre Abnehmer und läßt bei Eltern und Kindern doch nur Frustrationen entstehen.

Nicht das „Ende von Kindheit“ ist in Sicht – wie Neil Postman¹ etwas mißverständlich meint, – sondern ein neuer Typ von Kindheit, den Elisabeth Beck-Gernsheim zutreffend als „inszenierte Kindheit“ bezeichnet hat². Kindheit in dieser betreuten, therapierten, organisierten und vermarkteten Form ist keineswegs am Ende, sondern kommt erst so richtig in Schwung.

1 Wie Kinder leben müssen

In der Kindheitsforschung der Vergangenheit stand die Frage im Vordergrund, wie sich die sozialen Bedingungen von Kindern verändert haben. Das ist eine wichtige Frage und es gab auch eine Fülle von Forschungen dazu mit wertvollen Einsichten. Aber diese Perspektive ist auch sehr einseitig. Kinder brauchen für eine hohe Lebensqualität und für eine positive Ent-

wicklung nicht nur ein intaktes soziales Milieu mit optimalen Interaktions- und Kommunikationsbedingungen. Mindestens genauso wichtig sind Freiräume, die sich zum spontanen und unbeaufsichtigten Spielen mit Gleichaltrigen eignen. Um die Situation von Kindern zu verstehen, dürfen wir also nicht nur nach den veränderten Sozialerfahrungen fragen. Wir müssen auch wissen, wie sich ihre Raumerfahrungen verändert haben. Wie wir fragen, hat nicht nur Konsequenzen für unsere Einsichten, sondern ist auch mit praktischen Folgen verbunden. Wenn wir uns nur für die Veränderung von Sozialerfahrungen interessieren, werden wir Kinderpolitik auch vorwiegend den Sozialexperten überlassen: Psychologen, Kinder- und Familientherapeuten, pädagogischen Fachkräften und entsprechenden Einrichtungen. Wenn wir uns auch um die Veränderung von Raumerfahrungen kümmern, besteht vielleicht eine Chance, daß sich auch Raumexperten mit der Situation von Kindern befassen: Architekten, Stadt- und Verkehrsplaner.

Um Veränderungen auf dem Gebiet der Raumerfahrung zu beschreiben, erscheinen mir vier Trends besonders wichtig: Erstens: Wir können beobachten, daß Außenräume für immer mehr Kinder an Bedeutung verlieren und daß Binnenräume stattdessen immer wichtigere Aufent-

¹ Postman, N.: Das Verschwinden der Kindheit, Frankfurt 1987

² Beck-Gernsheim, E.: Die Inszenierung der Kindheit, in: Psychologie heute, Dez. 1987



haltsorte werden. Man könnte diesen Trend als „zunehmende Verhäuslichung von Kindheit“ beschreiben.³

Eine zweite Veränderung betrifft die Offenheit bzw. die Gestaltbarkeit oder Veränderbarkeit von Räumen: Wir können beobachten, daß offene und gestaltbare Räume immer weniger zur Verfügung stehen und daß organisierte und kontrollierte Räume für Kinder immer wichtiger werden. Diesen Trend könnte man als „Zunahme der organisierten Kindheit“ bezeichnen.⁴ Ein dritter Trend besteht darin, daß reale Räume für viele Kinder immer mehr an Bedeutung verlieren und daß der Kinderalltag sich immer mehr in fiktiven oder simulierten Räumen abspielt.⁵ Damit meine ich nicht nur die Zeit, die Kinder vor dem

Fernseher verbringen. Um Fiktionen und Simulationen geht es natürlich auch in den Computerspielen und die Redeweise von einem fiktiven oder simulierten Raum ist hier sehr viel zutreffender als beim Fernsehen. Zu diesem Trend gehört aber auch

das offensichtlich gestiegene Interesse an Simulationsspielen wie z.B. die Spieleserie „Schwarzes Auge“ oder Simulationsspiele im Internet, die in zunehmendem Maße auch Kindern zugänglich werden. Ein vierter Trend schließlich läßt sich als zunehmende Bedeutung des Typs der „verinselten Kindheit“ beschreiben: Kinder erleben ihre Umwelt immer mehr als weit verstreute und durch große Entfernungen voneinander getrennte und unverbundene Teilräume.⁶

Wir konnten nun in Freiburg eine umfangreiche Untersuchung zu dieser Frage nach der Bedeutung von Raumerfahrungen durchführen. In dieser Untersuchung wurden Informationen über die Spielmöglichkeiten von rund 4000 Kindern erhoben. Für eine Auswahl von 430 Kinder wurde eine aufwendige Zusatzuntersuchung durchgeführt: Tagebuchprotokolle für drei Tage, ein Wohnumfeldinventar und ein ausführliches Interview mit den Eltern. In zwölf Wohnquartieren wurden zusammen mit den dort lebenden Kindern Begehungen durchgeführt. Und zusätzlich wurden 50 Prozent der öffentlichen Spielplätze kartiert, photographiert, beschrieben und

³ Zinnecker, J.: Vom Straßenkind zum verhäuslichten Kind, in: I. Behnken (Hg.), Stadtgesellschaft und Kindheit im Prozeß der Zivilisation, Opladen 1990

⁴ Zeiher, H.: Das Eindringen moderner Zeitorganisation in die Lebensbedingungen von Kindern, in: Zeitschr. f. Sozialisationsforschung u. Erziehungssoziologie 1984

⁵ Neumann, K., Charlton, M.: Kinder, Medienkonsum und Familienwelt, in: Zeitschr. f. Sozialisationsforschung u. Erziehungssoziologie 1990, Heft 1

⁶ Zeiher, H.: Die vielen Räume der Kinder, in: U. Preuss-Lausitz u.a. (Hg.), Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder, Weinheim/Basel 1983

auch das Spielgeschehen auf diesen Plätzen wurde beobachtet.⁷

In dieser Forschung ging es um die Aktionsräume von Kindern im Vorschul- und Grundschulalter:

- * Was für Aktionsräume haben Kinder im Alter von 5 bis ungefähr 11 Jahre?
- * Was bedeutet es für die Lebensqualität von Kindern und für ihre Entwicklungschancen, wenn sich das Wohnumfeld nicht zum Spielen eignet?
- * Was können die Kommunen mit ihren Handlungsmöglichkeiten tun, um die Situation von Kindern nachhaltig zu verbessern?

2 Aktionsräume

Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, wie groß die Bedeutung der Aktionsraumqualität im Wohnumfeld für den Kinderalltag und für die Lebensqualität von Kindern ist.

Mit unseren Tagebuchdaten konnten wir feststellen, wie und wo Kinder im Durchschnitt ihren Alltag erleben. Den größten

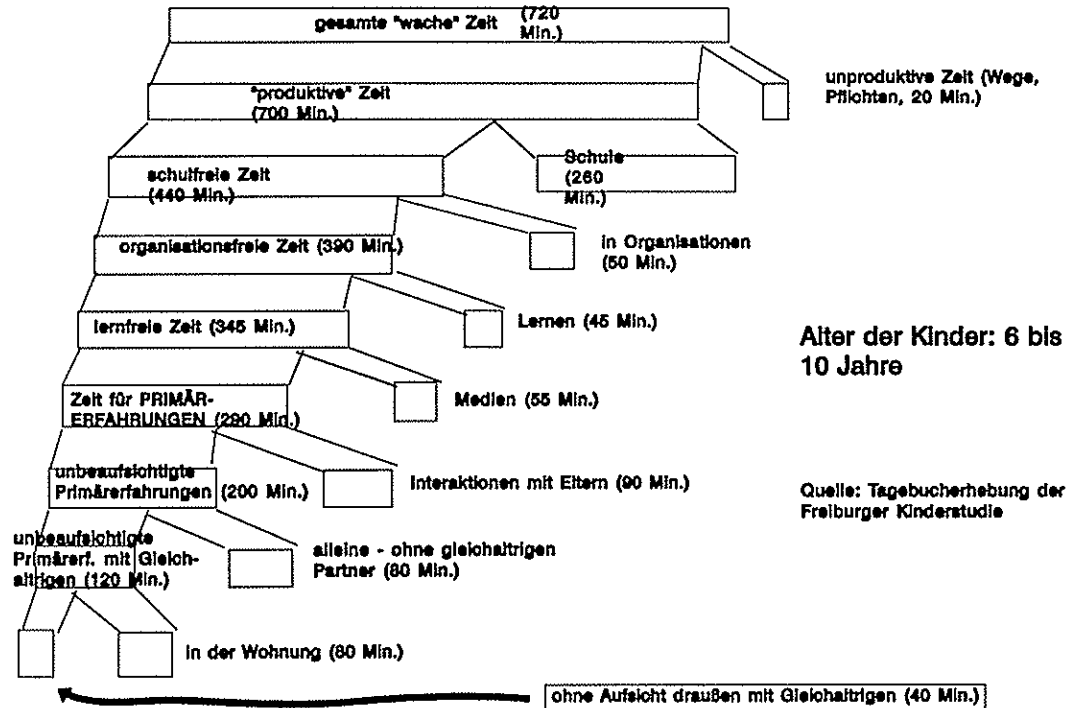
Teil ihrer wachen Zeit verbringen Kinder in Organisationen – in der Schule, in Vorschuleinrichtungen, Betreuungen und Kursen. Nicht wenig Zeit wird auch für Lernen und für die Nutzung von Medien verwendet. Und am Ende bleibt ein kleiner Rest von ungefähr fünf Prozent des wachen Kinderalltags übrig. Bei diesem Rest handelt es sich um „Zeit, die für freies, spontanes und unkontrolliertes Spielen mit Gleichaltrigen außerhalb der Wohnung“ verbracht wird. Das ist ein Ergebnis, das zu denken geben sollte: Für eine Tätigkeit, die von den meisten Fachleuten als so wertvoll angesehen wird, daß sie kaum durch etwas anderes ersetzbar ist, wird gerade fünf Prozent der wachen Zeit verwendet (Abb. 2).

⁷ Blinkert, B.: Aktionsräume von Kindern in der Stadt. Eine Untersuchung im Auftrag der Stadt Freiburg, Pfaffenweiler 1993

Abbildung 2

So verrinnt die Zeit...

Wie lange spielen Kinder draußen ohne Aufsicht mit Gleichaltrigen?



Nun kann man ein solches Ergebnis ja sehr unterschiedlich kommentieren. Man könnte z.B. sagen, das sei eben typisch für moderne Kinder. Diese Kinder wollen ja gar nicht mehr draußen spielen, sondern beschäftigen sich viel lieber mit Fernsehen oder wollen durch irgendwelche Angebote unterhalten werden.

Unsere Untersuchung zeigt jedoch, daß eine solche Interpretation völlig falsch wäre: Kinder spielen sehr gerne draußen – aber eben nur, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Ihr Fernsehkonsum hält sich in vernünftigen Grenzen, wenn es für sie Alternativen dazu gibt und von einer „organisierten Kindheit“ sind Kinder am

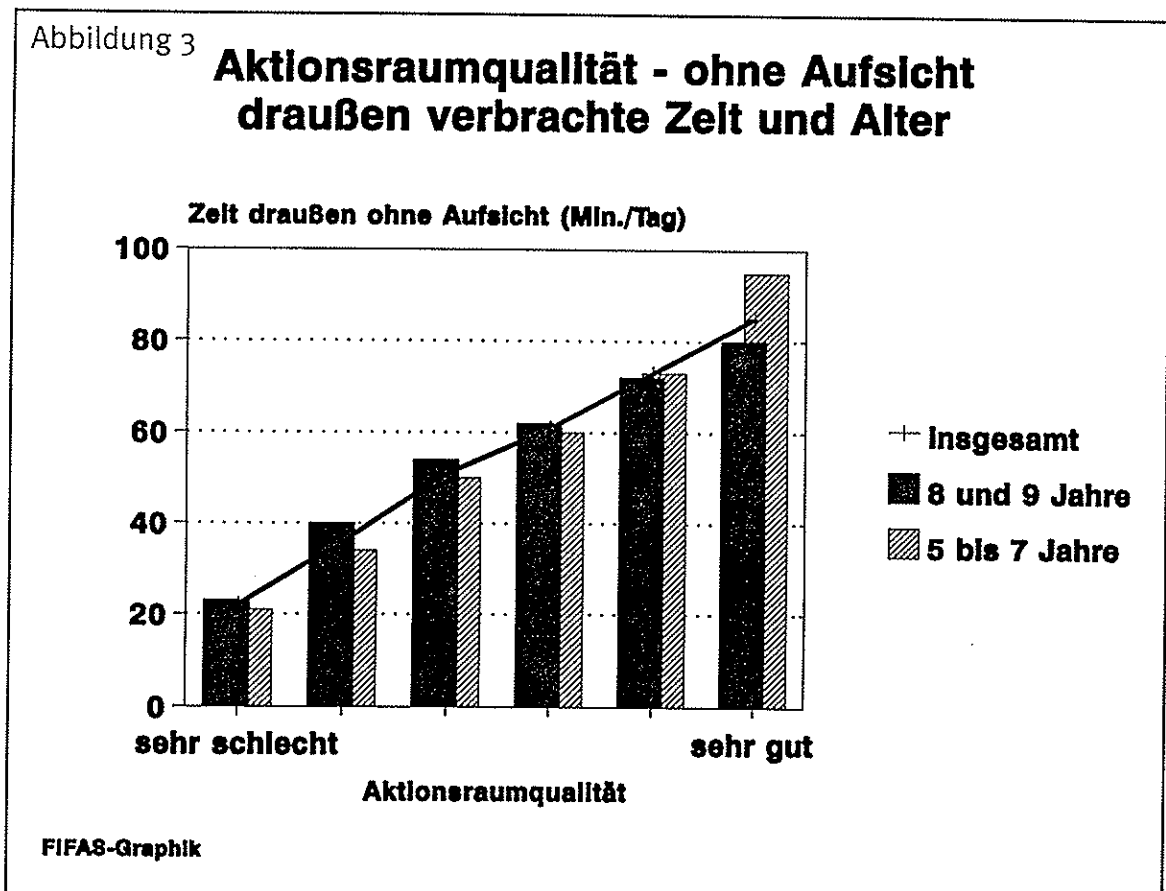
ehesten dann betroffen, wenn sie im Umfeld ihrer Wohnung keine Freiräume haben. Diese Trends zur „Verhäuslichung“, zur „organisierten Kindheit“ oder zur „Medienkindheit“ sind also keine „historischen Konstanten“, denen alle modernen Kinder unterworfen sind. Ob und in welcher Intensität diese Trends sich manifestieren, hängt ganz entscheidend von der Art des Wohnumfeldes ab – davon, wie gut oder wie schlecht die Aktionsraumqualität im Nahbereich der Wohnung ist:

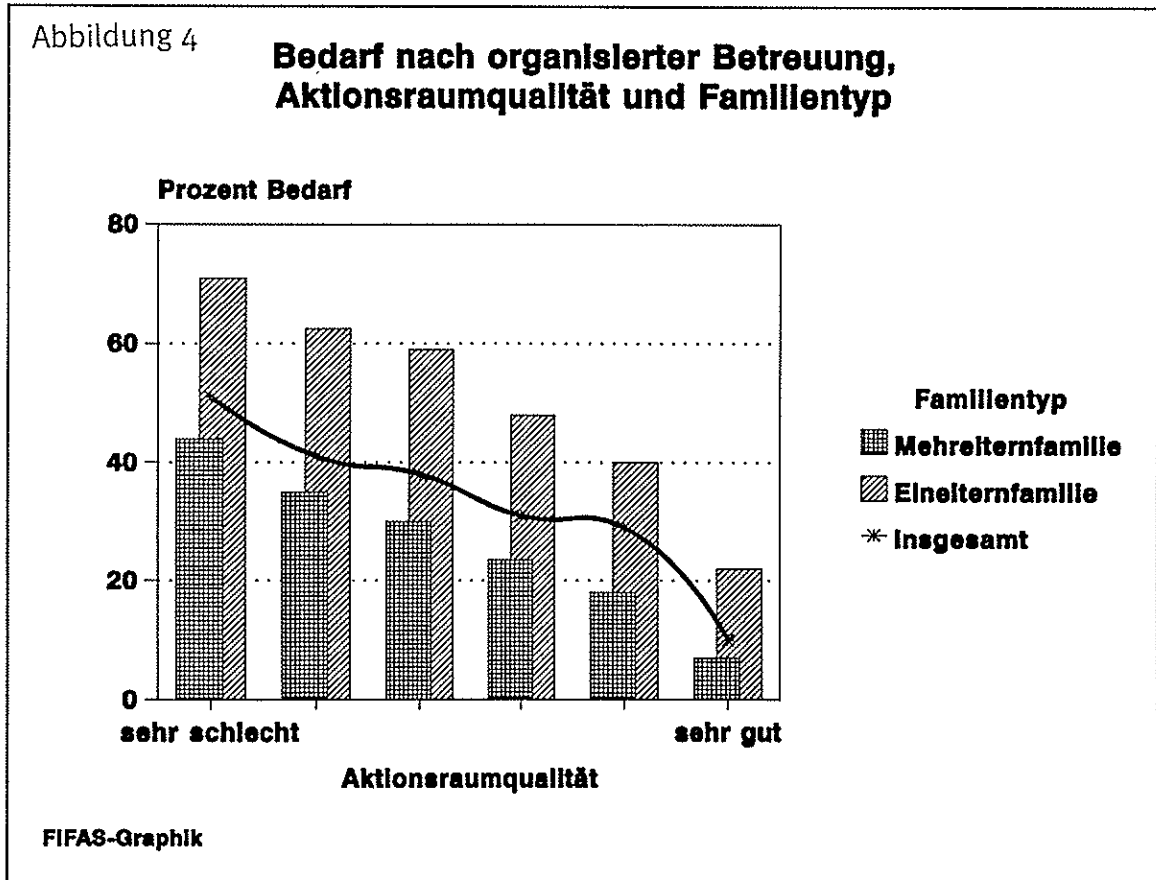
Kinder neigen vor allem dann zur „Verhäuslichung“, wenn die Aktionsraumqualität im Umfeld ihrer Wohnung schlecht ist - wenn der Nahbereich gefährlich ist, wenn Spielkameraden nicht aus eigener Kraft erreichbar sind, wenn es nichts zu gestalten und verändern gibt. (Abb. 3).

Unter diesen Bedingungen spielen Kinder im Durchschnitt nicht mehr als 20 Minuten draußen ohne Aufsicht durch die Eltern. Das Ergebnis zeigt aber auch, daß „moderne Kinder“ durchaus ein ganz beachtliches Interesse am freien und unbeaufsichtigten Spielen außerhalb der Wohnung haben – verständlicherweise aber nur dann, wenn ihnen das auch möglich ist.

Kinder mit einem günstigen Wohnumfeld spielen mehr als viermal solange draußen wie Kinder, die in einem ungünstigen Umfeld aufwachsen.

Auch „organisierte Kindheit“ – als Bedarf nach einer organisierten Nachmittagsbetreuung gemessen – ist keine „historische Konstante“, sondern hängt von den Lebensbedingungen der Kinder ab. Je schlechter die Aktionsraumqualität im Umfeld von Wohnungen ist, desto größer ist auch der Bedarf nach einer organisierten Nachmittagsbetreuung. (Abb. 4)



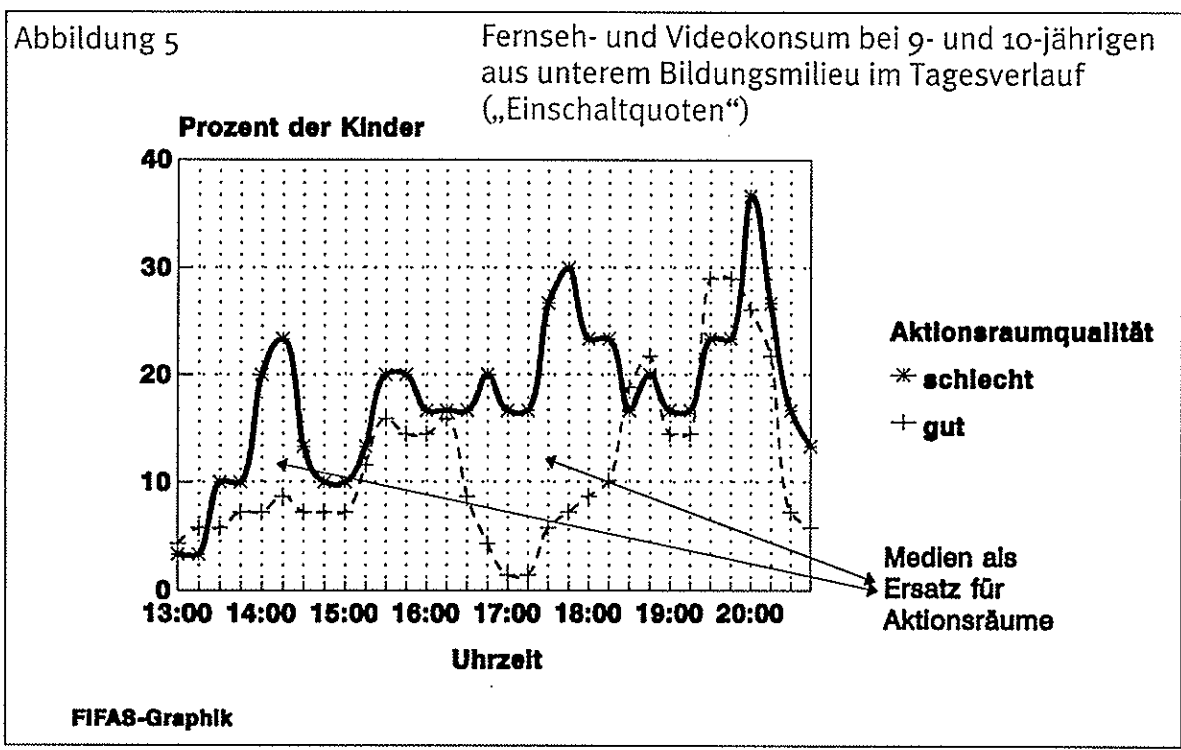


Dieser Bedarf hängt natürlich nicht allein von der Beschaffenheit des Wohnumfeldes ab. Der Betreuungsbedarf für Kinder von Alleinerziehenden ist spürbar größer als der Bedarf in Zweielternfamilien. Wichtig ist aber, daß die „organisierte Kindheit“ nicht nur bei den Alleinerziehenden mit schlechter werdender Aktionsraumqualität zunimmt, sondern in den vollständigen Familien genauso.

Auch der Medienkonsum von Kindern – also die Tendenz zur „Medienkindheit“ – wird überaus stark von der Aktionsraumqualität im Umfeld der Wohnung beeinflusst – und zwar besonders bei Kindern

aus Familien mit einfachem Bildungsmilieu. (Abb. 5)

Ist das Wohnumfeld dieser Kinder gefährlich oder erlebnisarm, so sitzen sie zur besten Spielzeit sehr viel länger vor dem Fernseher als unter günstigen Bedingungen. Zur besten Spielzeit sind die Einschaltquoten bei schlechter Aktionsraumqualität bis zu sechsmal höher als bei einem kinderfreundlichen Wohnumfeld.



Lassen Sie mich eine erste Schlußfolgerung ziehen: Der Durchschnittswert, daß nur noch fünf Prozent des wachen Kinderalltags für unbeaufsichtigtes Spielen mit Gleichaltrigen außerhalb der Wohnung verbracht wird, hat keine wirkliche Aussagekraft. Wir müssen die Lebensbedingungen von Kindern damit in Verbindung bringen und besonders wichtig ist es, wie gut oder wie schlecht die Aktionsraumqualität im Umfeld der Wohnung ist. Und das ist etwas, was sich verändern läßt – nicht durch Spieltherapie oder Erlebnispädagogik, sondern durch eine vernünftige und an den Interessen der Kinder ansetzende Stadtplanung und Verkehrspolitik. Das ist auch die Empfehlung, die wir der Stadt Freiburg und auch anderen

Städten gegeben haben. Die Empfehlung läßt sich in einer einzigen Maxime zusammenfassen: Statt noch mehr Therapien und noch mehr Einrichtungen sollten Städte ihre politischen Möglichkeiten nutzen und im Umfeld von Wohnungen für Kinder geeignete Aktionsräume schaffen. In unserer Untersuchung konnten wir zeigen, wie effektiv eine solche Politik sein könnte. Wir haben untersucht, welche relative Bedeutung verschiedene Faktoren für den Kinderalltag haben: Neben der Aktionsraumqualität auch das Alter und das Geschlecht von Kindern, und Merkmale, mit denen sich das Sozialmilieu der Familien beschreiben läßt: Umfang der Erwerbstätigkeit der Eltern, ob ein Kind bei einem alleinerziehenden Elternteil auf-



wächst und das Bildungsmilieu der Eltern. Um vorherzusagen, wie Kinder ihren Alltag verbringen hat das bei weitem größte Gewicht die Aktionsraumqualität. Erst mit sehr großem Abstand folgen dann die anderen Bedingungen. Dieses Ergebnis ist sehr wichtig und eine große Herausforderung an die Kommunalpolitik, denn es zeigt ja, daß wirklich etwas erreicht werden kann, wenn nur der Wille dazu besteht. Geschlecht, Alter und Familienmilieu sind kommunalpolitisch nicht veränderbar – wohl aber die Bedingungen im Umfeld von Wohnungen und es sind eben diese Bedingungen, die den bei weitem größten Einfluß auf den Kinderalltag haben. Anstatt den Werteverfall der Eltern oder die Auflösung der Familie zu beklagen, wäre es also sehr viel effektiver, wenn man in die Hände spucken würde, um eine entschieden kinderfreundliche Politik der Stadtentwicklung zu betreiben.

Eine solche Politik wäre wichtig, weil sie entscheidend dazu beitragen könnte, die Lebensqualität von Kindern zu verbessern. Selbst in einer Stadt wie Freiburg mit insgesamt eher günstigen Bedingungen sind rund 25 Prozent der Kinder im Alter von 5 bis 11 Jahren von einer schlechten Aktionsraumqualität betroffen.

Eine solche Politik wäre aber auch wichtig, weil sie die Entwicklungschancen von Kin-

dern in einem positiven Sinne beeinflussen könnte. Aktionsräume – also zugängliche, gefahrlose und gestaltbare Territorien, wo es Interaktionschancen mit anderen Kindern gibt – sind aus verschiedenen Gründen für eine positive Entwicklung wichtig:

Wenn Kinder im Vorschul- und Grundschulalter keine Möglichkeit zum Erkunden ihrer näheren Umgebung haben, ist zu befürchten, daß die für diese Altersphase typische Verlagerung von Sicherheits- zu Autonomiebedürfnissen zumindest behindert und verzögert wird. Es kommt vermutlich zu einer Art Bedürfnisfixierung: eine unzureichende Lösung von Sicherheitsbedürfnissen und ein geringes Interesse am Ausprobieren, Entdecken und Problemlösen. Wenn wir kreative und autonome Kinder wünschen, dann müssen wir ihnen eine offene und gestaltbare Umwelt anbieten, eine Umwelt in der sie etwas ausprobieren und verändern können.

Von allen Fachleuten wird betont, wie wichtig für Kinder im Vorschul- und Grundschulalter die Möglichkeit zum Herstellen ist – Herstellen von Dingen, aber auch soziales Herstellen, also Herstellen von Regeln und Beziehungen. Kinder, die diese Möglichkeit besitzen, können Selbstbewußtsein, Stolz auf die eigenen Fähigkeiten aber auch Einsicht in die

Grenzen ihres Handelns gewinnen. Dazu sind anregende und offene Aktionsräume erforderlich. Das Fehlen von Aktionsräumen regt eher zum Konsumieren fertiger Dinge und Dienstleistungen an. Nun ist Konsumieren als solches sicher nicht etwas Schlechtes. Aber Herstellen und Konsumieren regen zu einem ganz unterschiedlichen Neugier- oder Erkenntnisverhalten an. Konsumenten trainieren und erwerben vor allem ein funktionales Wissen: Sie müssen wissen, was man mit Dingen und Beziehungen anfangen kann, welchen Gebrauchswert sie haben. Hersteller müssen das natürlich auch, aber sie entwickeln auch eine zusätzliche Neugier. Sie sind typischerweise an kausalem Wissen interessiert. Sie müssen wissen, wie Dinge oder Beziehungen entstehen, wie sie sich machen und verändern lassen. Was passiert nun mit Kindern, die nichts oder nur noch wenig herstellen, die nur noch fertige Dinge oder Beziehungen nachfragen und konsumieren? Vielleicht ist die Vermutung nicht ganz abwegig, daß diese Kinder den für einen Hersteller typischen Erkenntnisstil – die Frage nach Ursachen und Veränderungsmöglichkeiten – gar nicht mehr erwerben.

Herstellen hat aber nicht nur eine Bedeutung für das Neugierverhalten, für den Erkenntnisstil von Kindern. Herstellen ist natürlich auch eine lustvolle Tätigkeit. Jeder,

der sich noch ein bißchen an seine Kindheit erinnert, wird wissen, daß der Vorgang des Herstellens fast immer interessanter war als der spätere Umgang mit dem fertiggestellten Produkt. Oft ist es so, daß Kinder stundenlang und intensiv mit dem Vorgang des Herstellens beschäftigt sind - z.B. wenn sie eine Baumhütte bauen, oder ein Zelt aus Decken – , daß sie dann am Ende aber kein großes Interesse mehr haben, damit auch noch zu spielen. Sie überlegen dann oft, was man noch herstellen könnte, oder sie zerstören ihr Produkt. Der Vorgang ist oft, vielleicht sogar meistens, interessanter und spannender als der Umgang. Diese Erfahrung können viele Kinder heute nicht mehr machen. Sie können nur noch mit Dingen umgehen, z.B. mit einem funkgesteuerten Elektroauto. Und wenn sie bei einem solchen Ding den Vorgang des Herstellens genießen wollen, müssen sie den Prozeß rückläufig machen: Sie müssen das Elektroauto zerstören. In einer Welt mit unfertigen Dingen werden Kinder ganz sicher zum Herstellen angeregt, wird also ihre konstruktive Phantasie gefördert. In einer Kinderwelt der fertigen Dinge dagegen wird vielleicht eher das Zerstören angeregt, werden eher destruktive Phantasien gefördert. Auch das könnte eine Konsequenz eines anregungsarmen und von Kindern nicht mehr gestaltbaren Wohnumfeldes sein.

Auch eine weitere Vermutung bezieht sich auf die Kompetenz von Kindern, bzw. auf ein ganz bestimmtes Kompetenzdefizit. Es könnte sein, daß Kinder unter dauerhaft ungünstigen Aktionsraumbedingungen ein Defizit entwickeln, das dem Defizit der "Künstlichen Intelligenz" sehr ähnlich ist. Sie erwerben hochentwickelte formale Fähigkeiten, aber nur eine unterentwickelte Semantik. Sie können immer besser und differenzierter kommunizieren, aber sie wissen nicht, worüber – ihnen fehlen die Bedeutungen und Inhalte. Ein Symptom für dieses Defizit ist die Unfähigkeit zum Erzählen. Inhalte und Bedeutungen, also etwas Erzählenswertes, kann man nur erwerben, wenn man etwas erlebt. Viele Kinder leiden heute unter einem extremen Erlebnismangel. Welche Erlebnisse haben Kinder, worüber sollen sie etwas erzählen, welche Bedeutungen sollen sie erwerben, wenn sie sich den halben Nachmittag auf einem Spielplatz mit Rutschen, Wippen, Kriech- und Wackeltieren beschäftigt haben? Hier läßt sich in der Tat so etwas wie eine "Agonie des Realen" beobachten: An die Stelle von eigenen Erfahrungen treten immer mehr Erfahrungen aus zweiter Hand und Erfahrungen mit Simulationen.⁸

3 Der Freiburger Soziotopen-Test

Die Frage ist nun, was die Städte mit ihren kommunalpolitischen Mitteln tun können, um diese Entwicklungen zu verhindern. Zunächst erscheint es mir sinnvoll, zwei etwas allgemeinere Prinzipien zu beachten:

1. Kinderpolitik sollte nicht nur von Sozialexperten betrieben werden. Die Kommunen müssen Wege finden, auch Raumexperten sehr viel stärker an der Kinderpolitik zu beteiligen als das in der Vergangenheit geschehen ist. "Sozialexperten" sind Erzieher, Sozialpädagogen, Sozialarbeiter, Psychologen, Soziologen...In der kommunalen Verwaltung sind sie meistens dem Sozialdezernat zugeordnet, sie sind im Sozial- und Jugendamt tätig, in sozialen Einrichtungen und in den Schulen. "Raumexperten" sind Architekten, Stadtplaner, Verkehrsexperten - also Fachleute, die in Baudezernaten, in Tiefbau- und Planungsämtern tätig sind, oder in entsprechenden freien Berufen. Eine nur von Sozialexperten betriebene Kinderpolitik kann leicht sehr einseitig werden und an den Bedürfnissen der Kinder vorbeigehen - zumindest war das in der Vergangenheit so: Kinderpolitik im kommunalen Rahmen war und ist eigent-

⁸ Baudrillard, J.: Die Agonie des Realen, Berlin 1978

lich noch immer weitgehend eine "Einrichtungspolitik". Es geht fast nur um Einrichtungen zur Betreuung, zur Beratung oder zur Behandlung von Kindern. Das alles ist vielleicht wichtig, aber eben nur ein Aspekt. Kinder haben ganz wichtige Bedürfnisse, die sich nicht durch noch so schöne Einrichtungen abdecken lassen - und dazu gehört natürlich das Bedürfnis nach Freiräumen. Um das zu berücksichtigen, müssen Sozialexperten sich mehr für die räumlichen Bedürfnisse von Kindern einsetzen.

Aber das reicht nicht. Damit sich wirklich etwas ändert, müssen auch die Raumexperten an der Kinderpolitik beteiligt werden und in die Pflicht genommen werden und zwar in einer verbindlichen Weise.

2. Um diese Verbindlichkeit zu sichern, wäre es vielleicht nützlich, ein zweites Prinzip zu beachten: In die kommunale Kinderpolitik sollten Regelungen Eingang finden, die sich im Umweltschutz bewährt haben und immer größere Akzeptanz genießen. Es ist überhaupt nicht einsehbar, daß Kinder einen geringeren Schutz genießen sollen, wie Wollgräser, Wanderkröten und Beißschrecken. Regelungen aus dem Umweltschutz wie z.B. die Umweltverträglichkeitsprüfung oder der Biotopenschutz genießen immer mehr Akzeptanz und haben sich im großen und gan-

zen auch bewährt.

Was spricht dagegen, analoge Regelungen als zentrale Komponenten eines raumbezogenen Kinderschutzes zu übernehmen - als "Kinderverträglichkeitsprüfung" und als "Soziotopenschutz"? Sicher wird das zu Protesten herausfordern, weil damit ja auch neue Vorschriften und Regelungen in die Welt gesetzt werden. Aber wie sonst soll in einer hochgradig individualisierten Gesellschaft etwas durchgesetzt werden? Der Vorteil solcher Regelungen wäre ganz sicher, daß es einigermaßen verbindliche und kalkulierbare Richtlinien gibt und vor allem wäre das eine Möglichkeit, die Raumexperten in einer verpflichtenden Weise in die kommunale Kinderpolitik einzubinden.

Eine "Kinderverträglichkeitsprüfung" gibt es schon in einigen Städten. Über einen "Soziotopenschutz" müßte noch intensiver nachgedacht werden. Als Soziotop könnte man ein Gebiet klassifizieren, wenn es für das Aufwachsen von Kindern besonders wertvoll und wichtig ist. Da solche Gebiete immer seltener werden, sollte man sie unter Schutz stellen.

Was kann eine Stadt aber nun ganz konkret tun, um die Situation von Kindern zu verbessern? Auch zu dieser Frage liefert die Freiburger Kinderstudie einige Hinweise. Wir haben durch aufwendige Beobachtungen im Nahraum von Wohnungen - also

in einem Umkreis von rund 150 Metern - eine Art Inventar erstellt: eine Liste von Merkmalen, die für die Aktionsraumqualität bedeutsam sind. Diese Merkmale haben wir mit den Einschätzungen der Eltern und mit dem Verhalten von Kindern in Verbindung gebracht. Das Ergebnis ist eine Liste von Umfeldmerkmalen, für die wir ziemlich genau angeben können, welchen Beitrag sie zu einer kinderfreundlichen Umwelt leisten. Eine Durchsicht dieser Liste ergibt bereits erste Antworten auf die Frage, was von Seiten der Stadtplanung und Verkehrspolitik für Kinder getan werden kann und welche Effekte dann zu erwarten sind. Dazu ein paar Stichworte:

- (1) Das Vorhandensein oder Fehlen von Spielplätzen hat zwar eine gewisse Bedeutung, aber der davon ausgehende Effekt auf die Spielchancen ist geringfügig.
- (2) Von überaus großer Bedeutung ist der unmittelbare Hauseingangsbereich und der Nahraum - ein Radius von bis zu 50 Metern um die Wohnung. Hier ist es wichtig, daß es eine Pufferzone zwischen Wohnung und Straße gibt, und daß im Wohnungsbereich Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten bestehen.
- (3) Ebenso wichtig ist die Art und Weise der Verkehrsregelung - welches Tempo, wie stark die Belastung

durch parkende Fahrzeuge ist, welche Rolle der Durchgangsverkehr spielt und das Verkehrsaufkommen.

Wir haben alle relevanten Merkmale des Wohnumfeldes zu einem Test zusammengefaßt - dem "Freiburger Soziotopen-Test". Mit diesem Test läßt sich ermitteln, wie kinderfreundlich oder kinderfeindlich ein Wohnumfeld ist. Wenn bei der Planung neuer Stadtteile oder bei der Sanierung alter Wohngebiete der Gesichtspunkt der Kinderfreundlichkeit eine Rolle spielen soll, könnte ein solcher Test vermutlich ganz gute Dienste leisten.

Besonders wichtig ist es, daß die Gefährdung von Kindern durch den Straßenverkehr deutlich verringert wird. Dazu ist es erforderlich, die in vielen Städten schon begonnene Politik der Verkehrsberuhigung konsequent fortzusetzen. Generell ist zu fordern, daß in den Wohnquartieren die Aufenthaltsfunktion des öffentlichen Raumes gegenüber der Verkehrsfunktion eindeutig den Vorrang gewinnt. In Großstädten wie Freiburg gibt es noch viele Möglichkeiten, autofreie Straßenplätze und Spielstraßen zu schaffen. Wo das nicht möglich ist, sollte zumindest Tempo 30 eingeführt werden, aber auch mit der nötigen Konsequenz: mit einer effektiven Kontrolle der Tempobeschränkung und

mit einer Sperrung für den Durchgangsverkehr. Wichtig ist auch eine kinderfreundliche Gestaltung der Hauseingangsbereiche - die Schaffung von beispielbaren und sicheren Übergangszonen zwischen Haustür und Straße. Dafür gibt es interessante Vorschläge: Gehwegverbreiterung, Einbeziehung von Vorgärten, Schaffung kleiner Spiel- und Aufenthaltszonen im Umkreis des Hauseingangs.

Der öffentliche Bereich im Wohnumfeld muß für Kinder wieder zugänglich und gefahrlos werden - aber das allein ist nicht ausreichend. Der öffentliche Raum muß für Kinder auch wieder attraktiv werden. Das ist in den verdichteten Wohnquartieren sicher nicht ganz einfach. Ich habe auch große Zweifel, ob sich dieses Ziel durch eine noch aufwendigere Möblierung von Spielplätzen erreichen läßt. Wenn man Kinder fragt, was sich an einem Spielort ändern sollte, so nennen sie zwar sehr oft irgendwelche Geräte: eine weitere Rutsche, eine Schaukel, noch ein Wackeltier... Aber das ist eigentlich nur ein Indikator dafür, daß schon eine Art Bedürfnisfixierung stattgefunden hat. Unsere Beobachtungen auf Spielplätzen haben auch gezeigt, daß diese Geräte für die meisten Kinder nicht wirklich attraktiv sind. Wenn man Kinder genauer fragt und ihnen auch Alternativen zeigt, dann kommt meistens

eine ganz andere Wunschliste zustande. Ganz oben stehen dann Abenteuer-, Aktiv- und Naturspielplätze - Orte also, die nicht durch TÜV-geprüfte und kindgerechte Geräte möbliert sind, sondern Orte, die eher Freiheit und Abenteuer bedeuten. Wie aber soll man so etwas in den verdichteten Wohngebieten einrichten?

Zu der Frage, wie sich interessante und gestaltbare Spielorte in erreichbarer Nähe einrichten lassen, haben wir der Stadt drei Prinzipien empfohlen:

1. *Vernetzung von Spielorten* - alle Spielorte für Kinder sollten durch begeh- und bespielbare Wege miteinander verbunden sein.
2. *Vielfalt* - es ist nicht ausreichend, wenn Kinder nur einen bestimmten Typ von Spielort regelmäßig nutzen können, z.B. nur den Garten, oder nur einen Spielplatz, oder nur den Hof. Diese Vielfalt kann durch eine größere Vernetzung geschaffen werden. In den verdichteten Wohngebieten ist Vielfalt aber nur möglich, wenn es zu einer weiteren konsequenten Verkehrsberuhigung kommt. Große Bedeutung hat auch die Möglichkeit, die Schulhöfe für Kinder am Nachmittag zu öffnen.
3. Das dritte Prinzip haben wir "*funktionale Unbestimmtheit*" genannt: Spielorte sollten Kindern die Möglichkeit zur Gestaltung bieten. Das setzt voraus, daß ihre Ausstattung nur sehr wenig auf bestimmte

Zwecke festgelegt ist, daß es für Kinder möglich und notwendig ist, etwas zu verändern. Die herkömmlichen Spielplätze sind weit davon entfernt, dieses Prinzip zu verwirklichen. Die Möblierung dieser Plätze kostet sehr viel Geld und erreicht doch nicht den angestrebten Zweck. Wir haben der Stadt deshalb ein Experiment vorgeschlagen. Dieser Versuch ist nicht sehr teuer. Er besteht darin, daß in einigen ausgewählten Wohngebieten die Spielplätze "zurückgebaut" werden - in eine Art "Baulücke im fortgeschrittenen Stadium". Als erstes müßten alle Geräte abgeräumt werden. Dann sollte ein Bagger her und unter der Anleitung von vier oder fünf Kindern ein interessantes Gelände gestalten - mit verformbarer Erde, mit ein paar Hügeln aus Bauaushub, mit Vertiefungen, in denen sich Regenwasser sammeln und Matsch bilden kann. Die Vegetation sollte man sich selbst überlassen, vielleicht ein paar Brombeer- oder Himbeersträucher pflanzen - auf keinen Fall Zierpflanzen. Der Gemeinderat sollte auch einen Beschluß fassen, daß dieses Gelände nie zu einem wertvollen Biotop erklärt wird. Das Gartenamt könnte hin und wieder für bewegliche Gegenstände sorgen (Bretter, Balken, Steine). Nach Möglichkeit sollte es auch fließendes Wasser geben - es darf aber nicht wie Trinkwasser aussehen, weil sonst das Gesundheitsamt Bedenken an-

melden würde - also eher trübes, schlammiges Wasser. Und wenn man für eine besondere Attraktion sorgen will, wäre vielleicht ein Autowrack etwas Gutes. Ein solcher Spielort sollte unbetreut sein. Wenn man Kindern nur die Möglichkeit dazu gibt, so können sie auch ganz gut ohne Animatoren in einer kreativen Weise spielen.

Bei diesem Vorschlag wird es natürlich alle Bedenkensträger nur so schütteln. Wer soll das verantworten? Wer soll die Haftung übernehmen? Das Haftungsrecht ist leider sehr oft ein "Kindheitsverhinderungsrecht". Kluge Juristen sollten sich deshalb der Angelegenheit annehmen und den Betreibern (Stadt, Gartenamt) aus der Patsche helfen. Vielleicht wäre es das Beste, wenn ein solcher Platz überhaupt nicht als "Spielplatz" deklariert wird, sondern als das, was er simulieren soll: nämlich als Baulücke.

In Freiburg haben wir ein sehr kreatives Gartenamt, das nach unseren Vorschlägen einige konventionelle Spielplätze zurückgebaut hat: Alle Rutschen, Kriech- und Wackeltiere wurden beseitigt. Statt dessen gibt es Lehmhügel und Vertiefungen, Matsch, Wasser, Holz und Steine. Diese Spielplätze sind so attraktiv, daß sich mittlerweile eine Bürgerinitiative gebildet hat: in ihrer Mittagsruhe beeinträchtigte Anlieger, die wieder die alten Zustände

herstellen wollen: einen Spielplatz, der so wenig attraktiv ist, daß möglichst wenig Kinder die Neigung verspüren, sich dort aufzuhalten.

Alle unsere Vorschläge sind ohne einen gewissen Aufwand nicht realisierbar - dabei geht es aber weniger um die Finanzierbarkeit dieser Vorschläge. Es ist sogar so, daß Kommunen auf diese Weise durchaus Gelder einsparen könnten: Soziale Einrichtungen für Kinder sind teuer und wenn Einrichtungen der Betreuung und Behandlung durch Räume substituiert werden, hat das vielleicht sogar einen Spareffekt. Auch die zurückgebauten Spielplätze wären erheblich preisgünstiger als aufwendig möblierte Kinderreservate. Der zu erbringende Aufwand ist also weniger ein finanzieller, sondern liegt eher auf dem Gebiet der Konfliktbereitschaft. Wenn eine Kommune auf die von uns formulierten Vorschläge eingeht, werden nicht nur Anlieger protestieren, sondern sehr schnell wird auch das Argument kommen, daß es doch schließlich Sachzwänge gäbe – nicht nur die Notwendigkeit des gesunden Mittagsschlafes, sondern auch „freie Fahrt für freie Bürger“. Wir leben nun einmal in einer Autowelt und können das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Die Vorstellung von den Sachzwängen ist natürlich eine Ideologie. In Wirklichkeit gibt

es keine Sachzwänge, wohl aber einen Verteilungskonflikt. In diesem Konflikt geht es um die Frage, wie das knappe Gut "öffentlicher Raum" am sinnvollsten genutzt werden soll. Und es gibt durchaus beachtliche Entscheidungsspielräume. Leider ist es aber so, daß die Kinder in diesem Konflikt die schwächste Partei sind. Das ergibt sich allein daraus, daß in den Großstädten immer weniger Familien mit Kindern leben. In Freiburg z.B. leben nur noch in 17 % der Haushalte Kinder.

4 Nachbetrachtung zum Thema

Das Thema meines Vortrags lautet „Zerstörte Stadt – zerstörte Kindheit?“ Meine Ausführungen dazu lassen vermuten, daß heutige Kinder unter einer Art „Stadtzerstörung“ leiden. Das wäre jedoch ein Mißverständnis, das vielleicht darauf beruht, daß der Begriff „Zerstörung“ in einer sehr unpräzisen Weise verwendet wird: Von „Zerstörung“ sollte man z.B. nicht sprechen, wenn wir meinen, daß es Abweichungen von einer Idealvorstellung gibt. Die Redeweise von der „zerstörten Stadt“ wird nicht selten so verstanden: dabei geht es dann meistens um Abweichungen moderner Städte von dem Idealbild entweder der mittelalterlichen Stadt oder toskanischer und ligurischer Städte

wie z.B. Siena oder Ormea. Moderne Städte gelten dann als „zerstört“, weil sie z.B. Hochhäuser haben, Einkaufspassagen, viel Verkehr, Stadtautobahnen usw. Es mag sinnvoll sein, das alles abzulehnen, aber es hat mit „Zerstörung“ nicht viel zu tun. Wenn wir von „Zerstörung“ sprechen, sollten wir im Auge behalten, daß es sich dabei um einen entropieerzeugenden Prozeß handelt. Wenn etwas zerstört wird, dann wird der Ordnungsgrad reduziert. In diesem Sinne ist es z.B. sinnvoll, von den zerstörten Städten der Nachkriegszeit zu sprechen.

Wenn wir nun die Entwicklung unserer Städte seit dem zweiten Weltkrieg betrachten, so können wir beobachten, daß unter bestimmten Gesichtspunkten der Ordnungsgrad zugenommen hat - also geradezu das Gegenteil von „Zerstörung“. Dafür gibt es zumindest zwei Indikatoren: Die zunehmende Differenzierung und Spezialisierung des städtischen Raumes und die zunehmende Zahl von Regeln. Die Städte sind nicht nur gewachsen, sondern es läßt sich auch ein Prozeß der innerstädtischen Differenzierung ausmachen. Es gibt Wohnviertel, Arbeitsviertel, Konsumviertel, Vergnügungsviertel und Reservate für Kinder. Die Wohnviertel wiederum sind in hohem Maße strukturiert – also geordnet: Die Zeilenbauten des sozialen Wohnungsbaus haben ihr Ordnungs-

muster. Die Reihenhaussiedlungen haben ihre Struktur und Ordnung. Bauvorschriften und Baumärkte sorgen dafür, daß kein Gebäude zu sehr aus dem Rahmen fällt. Das gilt auch für die Gewerbegebiete und die Konsum- und Geschäftsviertel. Filialbetriebe lassen sich in allen Innenstädten nieder. Die Fassaden ähneln sich. Der städtische Raum ist so, daß man sich als Fremder mühelos in jeder Stadt zurechtfinden kann und nie das Empfinden hat, in einer völlig neuen und unbekanntenen Umgebung zu sein. Also auch hier ein hohes Maß an Ordnung und Strukturiertheit. Das gleiche gilt auch für Räume, die für Kinder übriggeblieben sind oder eingerichtet wurden. Spielplätze in Emden, Leipzig oder Freiburg unterscheiden sich kaum. Es gibt Unterschiede nach der Größe und der Ausstattung, aber es ist nicht sehr schwierig, eine Typologie zu entwickeln, die sich in allen Städten immer wieder beobachten läßt. Die Spielmöglichkeiten selber sind in hohem Maße durch die Ausstattung und Ordnung dieser Plätze vorgegeben: Rutschen, Kriech- und Wackeltiere, Spielsysteme, die alles in einem anbieten: Leiter, Rutsche, Kletterseil und -stange, Balancierbalken. Kinder in Schleswig-Holstein spielen auf diesen Plätzen das gleiche wie in Sachsen oder in Südbaden. Sie rutschen, kriechen, schaukeln und wackeln. Also auch hier ein ho-

hes Maß an Ordnung, Strukturiertheit und Standardisierung.

Diese zunehmende Ordnung wird auch sichtbar, wenn wir die zunehmende Regeldichte in Betracht ziehen: Im Baubereich die ständig wachsende Zahl von Vorschriften; Regeln, die sich auf den rollenden und ruhenden Verkehr beziehen: Wer in welcher Richtung wie schnell fahren darf, wer wo und wie lange parken darf. Wo man Plakate aufhängen darf und wo nicht. Wo man nicht sprayen darf. Wann und wie lange man auf der Straße musizieren darf. Wo Hunde hindürfen und wo nicht. Wo man Kinderwagen nicht abstellen darf. Wer für was haftet. Wer wo gehen darf. Auch Kinder sind mehr und mehr von Regeln betroffen: Regeln über die Sicherheit von Spielgeräten. Regeln, die festlegen, wo und zu welchen Zeiten welche Kinder spielen dürfen. Was man betreten darf und was nicht. Aus der Sicht von Kindern stellen sich moderne Städte als „Regelwüsten“ dar.

Wenn wir unter „Zerstörung“ einen entropieerzeugenden Prozeß verstehen wollen – und nur das ergibt einen Sinn – dann sind moderne Städte alles andere als zerstört. Das Gegenteil ist sogar der Fall. Wir können eine Zunahme an Ordnung, an Strukturiertheit und Funktionalität betrachten.

Um zu verstehen, welche Probleme für

Kinder in einer solchen Umwelt entstehen, ist vielleicht eine Formulierung von Pierre Schaeffer ganz hilfreich: „Mankind ist continuously threatened by two things: chaos and order.“ Das gilt natürlich auch für Kinder und wenn wir fragen, was ihre Lebensqualität besonders bedroht, dann ist das vielleicht eher ein Übermaß an Ordnung als ein Zuviel an Chaos. Ein gewisses Maß an Unordnung und Chaos war für Kinder in der Vergangenheit nie ein besonderes Problem. Kinder können mit Unordnung oft mehr anfangen als mit Ordnung. Unordnung war viel eher eine Herausforderung, vielleicht sogar eine wichtige Bedingung, damit sich kreatives Spielen entfalten konnte. Kreativität setzt wohl immer ein gewisses Maß an Unordnung voraus. Etwas gestalten kann man nur, wenn es veränderbar ist, wenn es sich nicht in einem Zustand der unwiderruflichen und überwältigenden Ordnung befindet. Und wenn das Ausmaß der Ordnung zu groß ist, dann erfordert kreatives Gestalten zunächst einen Akt der Zerstörung. Der so oft beklagte Vandalismus von Kindern in den Steinwüsten der Vorstadtsiedlungen hat hier seine Gründe. Wer in diesen Umwelten etwas gestalten will, muß zunächst einmal zerstören. Vandalismus ist ganz sicher eine Reaktion auf zuviel Ordnung, zuviel Struktur – eine Reaktion auf das Ungleichgewicht von Chaos

und Ordnung. Neuere Entwicklungen auf dem Gebiet der Stadtplanung und der Architektur lassen erkennen, daß Ordnung nicht nur für Kinder ein Problem ist. Die postmoderne Architektur läßt sich sicher als Versuch verstehen, die überhandnehmende Ordnung in den Städten durch eine Art inszeniertes Chaos zu überwinden. Städte, denen man heute einen hohen Erlebniswert zuschreibt, sind Städte, in denen die Inszenierung von Chaos besonders gut gelungen ist. Und Städte sind auf diesem Weg besonders erfolgreich, wenn sich aus der Inszenierung von Unordnung eine Eigendynamik entwickelt: Wenn sich die Innenstadt mit Musikanten füllt; wenn es in den autofreien Fußgängerzonen nur so wimmelt. In Freiburg wurde so etwas für Kinder versucht: die Inszenierung von Chaos, um Kindern die Gelegenheit zu kreativem Spielen zu geben. Dieser Versuch besteht in dem schon beschriebenen Rückbau von Spielplätzen. Alle Kriech- und Wackeltiere, alle die schönen und teuren Spielsysteme wurden abgeräumt und statt dessen gibt es Erdhügel, Lehm und Matsch, Wasserpfützen, bewegliche Gegenstände wie Steine und Hölzer, statt Zierhölzern gibt es Unkräuter und zerstörbare aber robuste Pflanzen wie Weiden und Holunder. Auf den Spielplätzen, wo dieser Versuch unternommen wurde, hat

sich dann auch tatsächlich eine Eigendynamik entwickelt: Es wimmelt nur so von Kindern, die aus dem ganzen Stadtgebiet in diese noch sehr kleine Zahl von zurückgebauten Plätzen strömen. Es wird gespielt und gelacht und der Lärmpegel ist so hoch, daß sich Nachbarn in einer Bürgerinitiative zusammenschließen, um die alten geordneten Zustände wieder herzustellen.

Wohnen und Wohnbedingungen junger Menschen

Antje Flade

Die Fachveranstaltung „Zerstörte Stadt – zerstörte Kindheit?“ hatte sich der Frage gewidmet, wie der strukturelle Jugendschutz verbessert werden kann. Bei dem Versuch, diese komplexe Frage zu beantworten, müssen viele verschiedene Themenbereiche einbezogen werden. Ein zentraler Themenbereich im Kontext des strukturellen Jugendschutzes ist das Wohnen: Wie ist es mit den Wohnbedingungen junger Menschen bestellt? Welchen Maßstab sollte man sinnvollerweise bei der Beurteilung der Wohnqualität zugrunde legen? Reicht die Quadratmeter Wohnfläche, die pro Person zur Verfügung steht, als Indikator aus? Diese Fragen sollen im folgenden erörtert werden. Ein zentrales Konzept wird dabei der Handlungsfreiraum sein (Welter, 1990; Flade, 1996). Behandelt werden nicht nur die Wohnbedingungen im engeren Sinne, d. h. die Verhältnisse in den Wohnungen, sondern auch die Bedingungen in den Wohnumgebungen aus der Perspektive von Personen und Gruppen, die weniger mobil und stattdessen standortgebundener sind, wie Kinder, Jugendliche und Familien.

Struktureller Jugendschutz befaßt sich mit der räumlichen, sozialen und gesellschaftlichen Umwelt, in der Kinder und Jugendliche leben und aufwachsen. Ziel ist die primäre Prävention, die darin besteht, die Voraussetzungen sowie optimale Bedingungen für eine gelungene Sozialisation zu schaffen.

1 Ideales und reduziertes Wohnen

Wohnen beinhaltet aus psychologischer Sicht eine enge wechselseitige Beziehung zwischen Mensch und Umwelt, indem einerseits die Wohnumwelt den Menschen prägt und andererseits der Mensch - insbesondere beim Wohnen - seine Umwelt gestaltet. Eine Gestaltung von Umwelt, den eigenen persönlichen Vorstellungen entsprechend, ist im allgemeinen am ehesten im Privatbereich der Wohnung möglich, zum einen, weil dieser Bereich den Blicken der Öffentlichkeit entzogen ist, und zum andern, weil in Außenräumen verschiedene Interessen aufeinandertreffen, zwischen denen es abzuwägen gilt.

Wohnen als enge Beziehung zwischen Mensch und Umwelt bezieht sich demzufolge in erster Linie auf Wohnungen.

Wohnen als enge Beziehung zwischen Mensch und Umwelt ist indessen eine Idealvorstellung von Wohnen. Damit eine solche Beziehung Realität werden kann und Wohnen damit mehr ist als das sprichwörtliche „Dach über dem Kopf“, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein.

Eine fehlende Nutzerorientierung im Planungs- und Bauprozess, die Bürokratie bei der Vergabe öffentlich geförderter Wohnungen, mangelnde Mitbestimmung und fehlende Handlungsspielräume tragen dazu bei, daß diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Die enge Mensch-Umwelt-Beziehung, die das Wohnen im idealen Sinne ausmacht, kann in solchen Fällen nicht entwickelt werden; wenn keine Handlungs- und Entscheidungsfreiräume vorhanden sind, ist Aneignung in Form der „Personalisierung“ bzw. der individuellen Gestaltung der Wohnumwelt nicht möglich. Das Bedürfnis nach Selbstgestaltung wird nicht erfüllt. Wohnen reduziert sich in solchen Fällen tatsächlich auf „das Dach über dem Kopf“, das lediglich vor Witterungseinflüssen und den Blicken anderer

schützt. Ein solches reduziertes Verständnis von Wohnen ist im Bereich der Wohnbauplanung gar nicht so unüblich, denn laut DIN 283 ist eine Wohnung nichts weiter als die Summe der Räume, welche die Führung eines Haushalts ermöglichen. Die Wohnung oder das Haus als eingegrenzter Raum, der Zuflucht und Schutz bietet und die Führung eines Haushalts ermöglicht, befriedigt zwar die existenziellen Bedürfnisse, aber nicht unbedingt auch das Bedürfnis nach Selbstgestaltung und Kontrolle über den eigenen Lebensraum.

Zusammenfassend: Wohnen im idealen Sinn findet statt, wenn zwischen Mensch und Umwelt eine Wechselwirkung besteht in der Weise, daß nicht nur die Umwelt den Menschen prägt, sondern auch der Mensch aktiv seine Umwelt gestaltet - eine Voraussetzung für die Entstehung emotionaler Bindungen an einen Ort und für die Übernahme von Verantwortung für die Umwelt.

Um reduziertes Wohnen handelt es sich, wenn solche Gestaltungsmöglichkeiten bzw. Handlungsfreiräume nicht bestehen. Im letzteren Fall hat der Mensch keine Kontrolle über die Umwelt. Er kann seine Wohnung nicht „in Besitz nehmen“, sie nicht „personalisieren“, d.h. persönlich unverwechselbar und damit persönlich bedeutsam machen.

Welter (1990) hat das Konzept der Kontrolle differenziert, indem er zwischen 4 verschiedenen Formen von Handlungsfreiräumen unterschieden hat:

-	Bewegungsfreiraum	=	Einfluß nehmen können auf den räumlichen Aktionsradius
-	Beziehungsfreiraum	=	Einfluß nehmen können auf die Regulation sozialer Beziehungen,
-	Tätigkeitsfreiraum	=	Einfluß nehmen können auf den Inhalt, Umfang und Ablauf von Tätigkeiten
-	Entscheidungsfreiraum	=	Einfluß nehmen können auf planerische, verwalterische und gestalterische Prozesse

Der **Bewegungsfreiraum**, über den eine Person verfügt, hängt zum einen von der Größe und der Raumaufteilung der Wohnung ab, zum andern von der Architektur des Wohngebäudes und der Gestaltung des Wohnumfeldes. Wie weit sich der Bewegungsfreiraum einer Person im Außenbereich und im Wohngebiet erstreckt, wird

vom Wohnstandort sowie der Verfügbarkeit über ein Auto bzw. dem ÖPNV-Angebot bestimmt. Bei Kindern hängt der Aktionsradius wesentlich auch von elterlichen Einstellungen und Verhaltensweisen ab, die jedoch auch nicht unabhängig sind von den Bedingungen in der Wohnung und im Wohnumfeld.

Beziehungsfreiraum oder Kontrolle im Hinblick auf soziale Beziehungen bedeutet, daß eine Person es selbst in der Hand hat, ob sie allein oder mit anderen zusammen ist, daß sie sich zurückziehen kann oder Kontakt mit anderen aufnehmen kann, je nach ihrem individuellen Befinden und Bedürfnis. Der Beziehungsfreiraum wird mit Beginn des Schulalters zunehmend bedeutsamer.

Tätigkeitsfreiraum bezeichnet einen Raum, der den eigenen Bedürfnissen und Vorstellungen entsprechend genutzt werden kann. Bei Kindern beschränkt sich dieser Tätigkeitsraum häufig auf das Kinderzimmer und mitunter auch nur auf einen Teil davon, dann nämlich, wenn sich Geschwister einen Raum teilen müssen.

Entscheidungsfreiraum heißt Partizipation, d.h. Einfluß nehmen können auf die Planung, Gestaltung oder Umgestaltung der Wohnung und der Wohnungsumgebung. Daß Kinder und Jugendliche in dieser Weise mitbestimmen können, stellt die Ausnahme dar.

Davon ausgehend, daß Kontrolle ein dem Menschen innewohnendes Bestreben ist, Ereignisse und Zustände seiner Umwelt vorhersagen, erklären und beeinflussen zu können (Fischer und Stephan, 1990), sind

unerwünschte Folgen wahrscheinlich, wenn keine Kontrolle möglich ist oder wenn es zu wenig Handlungsfreiräume gibt. Dies gilt auch für Kinder und Jugendliche. Mögliche Folgen sind Reaktanz, resignative Anpassung, Unsicherheitsgefühle sowie mangelnde Verantwortlichkeit. Als Reaktanz wird eine motivationale Erregung bezeichnet, die darauf abzielt, eine bedrohte oder eine fehlende Handlungsfreiheit wiederherzustellen. Reaktanz tritt häufig in Form aggressiven Verhaltens in Erscheinung. Resignative Anpassung vermindert die Motivation des Individuums, Einfluß auszuüben; Depressionen, Furcht und Unsicherheit sind wahrscheinliche Folgen. Mangelnder Handlungsfreiraum führt längerfristig zu einem Kompetenzverlust: Die betreffende Person ist schließlich gar nicht mehr in der Lage, effektiv zu handeln und verfügbare Ressourcen zu nutzen. D.h. wer über längere Zeit hinweg in einer Umwelt ohne Handlungsfreiräume lebt, baut nicht nur keine engen Beziehungen zur Umwelt auf, sondern verlernt außerdem auch, solche Beziehungen herzustellen, wenn sich die Möglichkeit dazu eröffnet.

Untersuchungsergebnisse belegen, daß beengte Wohnverhältnisse sich bei Kindern in dieser Weise auswirken können (Rodin, 1976). Wer die Umwelt nicht „im Griff“ hat,

fühlt sich unsicher. Auffallend ist, daß Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung sehr viel verbreiteter sind als es die Zahl der verübten Straftaten rechtfertigen würde. Die Angst, Opfer einer kriminellen Handlung zu werden, hat viel zu tun mit eingeschränkten Kontrollmöglichkeiten. Doch statt bei den Ursachen der Unsicherheitsgefühle anzusetzen, wird die Angst und Verunsicherung oftmals ausschließlich extern bekämpft, meist durch verstärkten polizeilichen Einsatz dort, wo die Unsicherheitsgefühle gesellschaftlich unerwünschte Folgen zeitigen, z. B. die Meidung öffentlicher Verkehrsmittel in Zeiten der Dunkelheit. Ob dadurch mehr Handlungsfreiräume für die Bewohnerinnen und Bewohner geschaffen werden, ist zu bezweifeln.

Mangelnde Verantwortlichkeit, die ebenfalls eine Folge fehlender Freiräume sein kann, drückt sich aus in Vermüllung, Verwahrlosung und Vandalismus. Eine Bierdose im Umfeld des Hauses wird z.B. nicht aufgehoben (Flade et al. 1995), wenn dieses Umfeld weder Tätigkeits- noch Entscheidungsfreiraum bietet.

2 Wohnungsbedingungen

Wohnen bezieht sich grundsätzlich auf Wohnungen und Wohnungsumgebungen, auf Innen- und Außenräume (Flade, 1987). Dementsprechend umfaßt der Begriff „Wohnbedingungen“ sowohl die Verhältnisse in Wohnungen als auch in Außenräumen.

Hinweise, über welche Handlungsfreiräume eine Person in ihrer Wohnung verfügt, liefern Wohnflächenangaben. Die Daten des Statistischen Bundesamts differenzieren hierbei insbesondere nach dem Wohnverhältnis (Eigentümer- und Mieter-Haushalte) und nach der Zahl der im Haushalt lebenden Personen. Einen Rückschluß auf die Wohnungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen ermöglichen die Wohnflächendaten zu den Mehrpersonenhaushalten, darunter vor allem den Haushalten mit 3 und mehr Personen. Bei den 2-Personenhaushalten ist es ohne weitere Information nicht möglich, zwischen 1-Eltern-1-Kind- und 2-Erwachsenen-Haushalt zu unterscheiden, so daß Rückschlüsse auf die Wohnungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen hier nur sehr viel eingeschränkter möglich sind.

Tab. 1.: Flächenmäßig unterversorgte Haushalte nach Wohnverhältnis und Zahl der Personen im Haushalt in Prozent

Zahl der Personen im Haushalt	Wohnungsinhaber insgesamt			Hauptmieterhaushalte		
	1978	1993		1978	1993	
	früheres Bundesgebiet	neue Bundesländer		früheres Bundesgebiet	neue Bundesländer	
1	19	10	18	22	12	20
2	17	9	26	22	14	34
3	20	12	35	29	21	48
4	24	15	43	40	32	58
5 u. m.	42	29	54	69	57	72
insgesamt	22	12	29	28	18	37

Quelle: Gebäude- und Wohnungsstichprobe; eigene Berechnungen des IWU

Von den in der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 im früheren Bundesgebiet erfaßten 25,3 Millionen Wohnungen waren 60,7 % von Mietern und 39,3 % von Eigentümern bewohnt. Die durchschnittliche Fläche je Wohnung lag bei den Mietwohnungen bei 69 m², bei den Eigentü-

merwohnungen bei 113 m², die durchschnittliche Raumzahl pro Wohnung betrug bei den Mietwohnungen 3,7, bei den Eigentümerwohnungen 5,5 (Statistisches Bundesamt, 1994). Die Mietwohnungen sind demnach im Durchschnitt wesentlich kleiner als die Eigentümerwohnungen.

Dies bestätigen auch die neueren Zahlen aus der Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993. Gemessen an den Kölner Empfehlungen waren zu diesem Zeitpunkt 12 % der Wohnungsinhaber im früheren Bundesgebiet und 29 % in den neuen Bundesländern flächenmäßig unterversorgt. Bei den Mieterhaushalten ist der Anteil der flächenmäßig unterversorgten Haushalte im früheren Bundesgebiet mit 18 % und in den neuen Bundesländern mit 37 % deutlich höher.

Anteil bei 20,5 %. Die Möglichkeit, sich in einen eigenen Raum zurückzuziehen, ist in Mietwohnungen häufiger nicht gegeben als in Eigentumswohnungen.

Tab. 1 läßt folgende Schlußfolgerungen zu: Kinder und Jugendliche haben im Durchschnitt weniger räumliche Handlungsfreiräume in der Wohnung

- wenn die Familie zur Miete wohnt,
- wenn die Familie in den neuen Bundesländern wohnt
- wenn in der Familie mehrere Kinder leben.

Das gleiche Bild ergibt sich bei der Analyse der Versorgung mit Wohnräumen.

Raummäßige Unterversorgung liegt vor, wenn eine Wohnung über weniger Wohnräume verfügt, als Personen im Haushalt leben. Insgesamt 13,3 % der Wohnungsinhaber-Haushalte im früheren Bundesgebiet waren 1993 raummäßig unterversorgt; bei den Mieterhaushalten lag dieser

Tab. 2: Raummäßig unterversorgte Haushalte im früheren Bundesgebiet 1978 und 1993 nach dem Wohnverhältnis und der Zahl der Personen im Haushalt in Prozent

Zahl der Personen im Haushalt	Wohnungsinhaber insgesamt		Hausmieterhaushalte	
	1978	1993	1978	1993
2	4,7	3,4	6,4	5,2
3	10,9	9,8	15,9	16,7
4	31,8	29,0	51,1	52,6
5 u. mehr	45,8	44,6	74,9	80,0
insgesamt	17,4	13,3	23,3	20,5

Quelle: Gebäude- und Wohnungsstichprobe; eigene Berechnungen des IWU

Tab. 2 belegt, daß sich die raummäßige Versorgung zwischen 1978 und 1993 für die 2-Personenhaushalte verbessert hat, auch bei denjenigen, die zur Miete wohnen. Bei den größeren Haushalten, die in Mietwohnungen leben, hat sie sich jedoch verschlechtert, was angesichts des allgemeinen Trends des zunehmenden Wohnflächenverbrauchs pro Kopf um so bemerkenswerter ist. Bei der raummäßigen Unterversorgung (hierzu liegen nur Daten aus dem früheren Bundesgebiet vor) zeigt sich

deutlich, daß der Anteil an raummäßig unversorgten Haushalten um so größer ist, je mehr Personen der Haushalt umfaßt.

Raummäßige Unterversorgung bedeutet: Es ist kein eigener Raum für jede Person vorhanden, z. B. müssen sich Kinder einen Raum teilen. Es liegt auf der Hand, daß ihr Handlungsfreiraum dadurch wesentlich begrenzt wird.

Tab. 3: Entwicklungsaufgaben im Kindes- und Jugendalter / Anforderungen an das „Kinderzimmer“

Entwicklungsphase	Entwicklungsaufgaben	Anforderungen an das Kinderzimmer
Kleinkindalter (0-2 Jahre)	Aufbau gefühlsmäßiger Bindungen an Bezugspersonen Erwerb von Urvertrauen Ausbildung motorischer Koordination, u. a. Krabbeln, Aufrechtstehen, Hand-Augen-Koordination usw.	Abschirmung und Schutz vor Lärm, Unruhe und anderen störenden Einflüssen Nähe und Kontakt zu den Bezugspersonen Dinge zum Greifen und Platz zum Krabbeln
Vorschulalter (2-6 Jahre)	Gefühl von Autonomie Eigeninitiative Aneignung von Umwelt durch Spielen	große Spielfläche, Dinge zum Spielen, Ungestörtheit beim Spielen
Schulalter (6-12 Jahre)	Zusammenspielen mit Gleichaltrigen Schulische Leistungen Leistungsmotivation	Platz für den Besuch von Schulfreunden, große Spielfläche zum gemeinsamen Spiel mit Gleichaltrigen Arbeitsplatz für Schularbeiten Besuchsraum
Jugend (Übergang zwischen Kindheit und Erwachsenenalter)	Aufbau von Freundschaften Ausbildung eines eigenen Lebensstils Identitätsfindung Autonomie von den Eltern Finden eines Partners/einer Partnerin	ein eigener Raum, der nicht mit einer anderen Person geteilt werden muß maximale Entfernung von den Aufenthaltsräumen der Eltern Raum, der nach eigenen Vorstellungen gestaltet werden kann

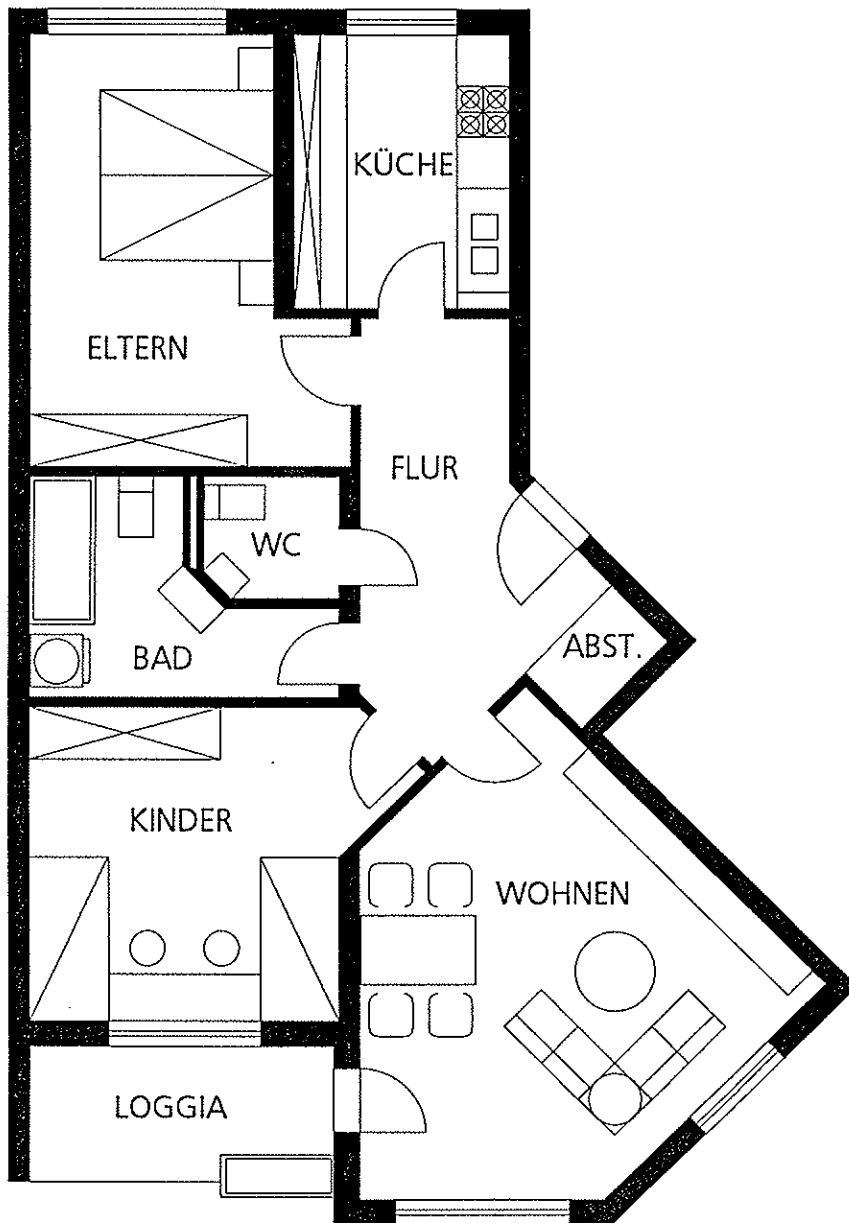
Quelle: Flade, 1994, S. 141 und 144

Vor allem im Jugendalter trägt ein eigenes Zimmer dazu bei, die Entwicklung eines eigenen Lebensstils zu fördern, Autonomie gegenüber den Eltern zu erlangen und zu einer eigenen Identität zu finden. Wenn ein Zimmer den eigenen Vorstellungen entsprechend gestaltet und bewohnt werden kann, wird dadurch die Identitätsbildung unterstützt.

Beengtheit durch zu kleine Wohnungen – in Bezug auf die Haushaltsgröße und in Bezug auf die Normen und Maßstäbe in unserer Gesellschaft – wird durch ungünstige Wohnungsgrundrisse noch zusätzlich erhöht. Grundrisse, die dem Prinzip der „Hierarchie der Wohnräume“ entsprechend gestaltet sind, reduzieren die individuellen Handlungsfreiräume und zwar in zweierlei Hinsicht:

- die Wohnenden können viel weniger selbst entscheiden, wie sie wohnen und wie sie die einzelnen Wohnräume nutzen. Der Entscheidungsfreiraum verringert sich.
- das Kinderzimmer, das in der „Hierarchie der Wohnräume“ die unterste Position einnimmt, lässt Kindern und Jugendlichen kaum Tätigkeitsfreiräume, insbesondere dann nicht, wenn sie als „Zweibett-Kinderzimmer“ fungieren.

Abb. 1: Wohnungsgrundriß mit typischer Möblierung, darunter auch des „Zweibett-Kinderzimmers“



Solche „Zweibett-Kinderzimmer“ sind sehr verbreitet, denn sie scheinen sich geradezu anzubieten, um Wohnfläche und damit Kosten einzusparen.

Auch wenn die frühere DIN 18011 aus dem Jahr 1967 außer Kraft gesetzt wurde, die Aussagen über Stell-, Abstands- und Bewegungsflächen in Wohnräumen gemacht hat, woraus dann eine Mindestfläche der Wohnräume abgeleitet wurde: für ein Zimmer für ein Kind etwa 8 qm, für ein Zimmer für zwei Kinder etwa 11 qm, so ist auch ein 14 qm großes Zimmer für 2 Kinder in Anbetracht des hohen Stellenwerts, den Individualität und Eigenständigkeit in unserer Gesellschaft haben, keine zufriedenstellende Lösung. Nicht wenige Kinder und Jugendliche bewohnen einen Raum gemeinsam mit einem Bruder oder einer Schwester. Meistens ist dieser Raum so gestaltet, daß er nicht geteilt werden kann.

Wieviele Kinder und Jugendliche sich einen Raum teilen müssen, läßt sich grob aus den Daten über die Unterversorgung von Haushalten mit Wohnräumen schätzen. Von den 4-Personenhaushalten sind laut Gebäude- und Wohnungsstichprobe 29,0 raummäßig unterversorgt, von den Haushalten, in denen 5 oder mehr Personen leben, sind es

44,6 %. Bei der Teilgruppe der Mieterhaushalte sind diese Anteile fast doppelt so hoch (vgl. Tab. 2). Der Anteil der jungen Menschen, die in ihrer Wohnung nicht über einen eigenen Raum verfügen können, ist demnach bemerkenswert hoch, vor allem in Mieterhaushalten, in denen der Handlungsfreiraum der Familien und der einzelnen Familienmitglieder ohnehin erheblich geringer ist als in Eigentümerhaushalten. Untersuchungsergebnisse deuten darauf hin, daß das Verfügbarwerden über einen eigenen Raum auch vom Geschlecht des Kindes abhängt: Jungen scheinen häufiger ein eigenes Zimmer zu haben als Mädchen (Kustor, 1996; Flade und Kustor, 1996).

Um die Wohnbedingungen zu charakterisieren, begnügt man sich häufig mit objektiven Merkmalen wie der Wohnfläche pro Haushaltsmitglied, der Ausstattung der Wohnung, den Mietkosten pro qm (vgl. Statistisches Bundesamt, 1994). Zweifelslos sind diese Merkmale wichtige Indikatoren der Wohn- und Lebensqualität gerade von Kindern und Jugendlichen, die bei beengteren Wohnverhältnissen meistens am allerwenigsten Handlungsfreiraum haben. Dieser Handlungsfreiraum verringert sich zusätzlich durch ungünstige Grundrisse.

3 Bedingungen in Wohnungs- umgebungen

Ungünstige Wohnungsbedingungen können sicherlich mehr oder weniger durch ein günstiges, entwicklungsförderndes Wohnumfeld kompensiert werden. Der drinnen fehlende Handlungsfreiraum wäre dann draußen vorhanden. Begriffe wie „Verhäuslichung“ (Nokielsky, 1985; Bissigkummer-Moos et al., 1996) oder „Verinselung“ (Zeiber, 1987) oder die Heraufbeschwörung des Leitbilds von der vitalen anstelle der virtuellen Stadt (Steffen, 1996) verweisen indessen darauf, daß das Wohnumfeld diese kompensatorische Funktion überwiegend nicht erfüllt. In einer repräsentativen Befragung von über 900 Eltern mit Kindern bis 13 Jahren kam zum Vorschein, daß etwa die Hälfte der Eltern den Außenraum vor der Haustür als „nicht kindgerecht“, d.h. als nicht entwicklungsfördernd, einstuft. Die häufigsten Kritikpunkte waren eine fehlende Verkehrssicherheit und mangelnde Spielmöglichkeiten für Kinder (vgl. Flade, 1995).

Heutige Wohnungsumgebungen bieten also häufig nicht den Handlungsfreiraum, der für eine aktive Auseinandersetzung mit der realen Umwelt erforderlich ist, was Heck-

hausen (1964) in seiner „Psychologie des Kinderspiels“ als Grundvoraussetzung für die Motivation, sich mit der Umwelt zu befassen, beschrieben hat. Der Begriff „Verhäuslichung“ wurde geprägt, um den vermuteten Vorgang zu bezeichnen, daß Kinder angesichts unwirtlicher Außenräume in Innenräume verdrängt werden. Der Rückzug aus den für den Aufenthalt ungeeigneten Außenraum nach Drinnen ist eine naheliegende Problembewältigungsstrategie, was sehr wahrscheinlich zur Popularität des Begriffs beigetragen hat. Doch auch wenn insbesondere der hohe Motorisierungsgrad¹ die These von der Verhäuslichung plausibel erscheinen läßt, so sind dennoch einige Zweifel an deren allgemeiner Gültigkeit angebracht. Diese Zweifel rühren zum einen von den empirisch nachweisbaren Geschlechtsunterschieden her, zum andern von der Tatsache, daß ein großer Teil der alltäglichen Wege zurückgelegt werden muß. Ein Beispiel für solche „Pflichtwege“ sind Schulwege, die, weil es hier keine Wahlfreiheit gibt, der Verhäuslichung gar nicht anheim fallen können.

¹ Es gibt inzwischen über 40 Millionen Pkw in Deutschland; auf jede zweite Person - alle Nichterwachsenen eingerechnet - entfällt ein Auto.

Die Aufenthaltsorte am Nachmittag sind geschlechtstypisch: Mädchen halten sich vermehrt drinnen, Jungen im Vergleich dazu mehr draußen auf. Es scheint also, daß Mädchen von der Verhäuslichung stärker betroffen sind. Jungen haben einen größeren räumlichen Aktionsradius (Flade und Kustor, 1996), was sich auch in der höheren Unfallrate ausdrückt. Jungen verunglücken fast doppelt so häufig im Straßenverkehr wie Mädchen (Statistisches Bundesamt, 1996). Die Unfallrate von Kindern ist besonders in Deutschland relativ hoch, was auf Lücken in der Verhäuslichung hinweist.

Auch der Begriff „Verinselung“ ist inzwischen eingeführt und geläufig. Er weist ebenfalls auf eine mangelnde Gebrauchsfähigkeit heutiger Wohnungsumgebungen hin. Die verschiedenen Zielorte von Kindern liegen wie Inseln im brandenden Straßenverkehr; die Kinder müssen dorthin begleitet bzw. transportiert werden. Zweifelsohne hat sich der Anteil der begleiteten Wege von Kindern in den letzten Jahren erhöht (vgl. Wittenberg et al., 1987), und es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Begleitung von Kindern eine oft praktizierte elterliche Strategie ist, um Kinder vor dem Verkehr zu schützen (Gärling und Gärling, 1988), dennoch gibt es nach wie vor, wenn auch erst mit dem Schulalter beginnend,

eine selbständige Mobilität von Kindern. Den größten Teil ihrer Wege legen 10- bis 13jährige Kinder zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurück (vgl. Flade und Micheler, 1991; Flade und Kustor, 1996).

Die Begriffe „Verhäuslichung“ und „Verinselung“ sind Hypothesen aus der Sicht Erwachsener. Das, was damit bezeichnet wird, dürfte vor allem für jüngere Kinder (Vorschulalter und Phase der Einschulung) und eher für Mädchen als für Jungen zutreffen. Übermäßige Verallgemeinerungen sollten jedoch vermieden werden, weil sie der wirklichen Situation vor allem der älteren Kinder nicht entsprechen.

4 Ansätze zur Verbesserung der Wohnbedingungen

Sowohl in Wohnungen als auch in Wohnungsumgebungen sollte es möglichst viel Handlungsfreiraum für alle Familienmitglieder geben.

Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person – einer der Indikatoren für Handlungsfreiraum – hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten erhöht. Von diesem globa-

len Wohnflächenzuwachs – Gewinn an Handlungsfreiraum – haben jedoch Familien kaum profitiert und zwar um so weniger, je mehr Kinder in der Familie leben. Die Wohnungsgrundrisse, von denen das Ausmaß an Handlungsfreiraum ebenfalls abhängt, haben sich ebenfalls nicht wesentlich verändert (vgl. Kröning, 1992). Sie sind immer noch an der „Hierarchie der Wohnräume“ orientiert. Ein Qualitätszuwachs läßt sich hier entweder dadurch erreichen, daß Wohnräume nutzungs offen, also gleich groß (ca. 14 m²), konzipiert werden oder daß Räume so angelegt werden, daß sie teilbar sind, so daß z. B. Kinder, die zuvor gemeinsam ein Zimmer bewohnt haben, über einen eigenen Raum verfügen können, wenn sie älter werden. Die erste Variante erfordert mehr Wohnfläche als die zweite (Schöfl, 1995), so daß zwischen den Zielen kostensparenden Bauens und maximalem Entscheidungsfreiraum in Gestalt von nutzungs offenen Wohnräumen abgewogen werden muß.

Ganz allmählich scheint sich der soziale Wohnungsbau dem Einfluß der Bewohner und Bewohnerinnen zu öffnen: Die Grundrißeinteilung, die bisher auf „die ewig junge Kleinfamilie“ (Kröning, 1992) zugeschnitten war, soll sich ändern. Die

„Hierarchie der Räume“ soll verschwinden und nutzungs offenen Grundrissen Platz machen. Doch zur Zeit gibt es nach Einschätzung von Fachleuten solche Wohnungen im Neubau noch viel zu selten. Modellprojekte, z. B. mit nutzungs offeneren Grundrissen, sind nur schwer auf den Weg zu bringen.

Bemerkenswerterweise ist ein gewichtiges Argument für die Beibehaltung des hierarchischen Standardtyps, daß die Wohnung für alle Haushalte, die einmal darin wohnen werden, passen sollte. Inzwischen scheint jedoch die Erkenntnis zu wachsen, daß Wohnungen mit nutzungs offenen Räumen viel besser auf die Vielfalt an Haushalten und Familienphasen reagieren können. Hinzukommt, daß solche Wohnungen den Wohnenden Handlungsfreiraum bieten, vor allem auch den Kindern, die nicht mehr in das kleinste Zimmer verwiesen werden können. Nach langjährigen Wohnerfahrungen im Standard-Wohnungstyp sind solche neuen Formen von Wohnungen für viele sicher ungewohnt - diese Skepsis vor dem Neuen könnte durch Wohn-Beratung aufgefangen werden.

Ziele und Ansätze für Verbesserungen im Hinblick auf die Gestaltung von Wohnungen mit Blick auf die Gewinnung von mehr Handlungsfreiraum vor allem für Kinder und Jugendliche sind zusammenfassend:

- Wohnungen sollten anpassungsfähig sein
 - in bezug auf die Nutzungswünsche unterschiedlicher Haushalte
 - in bezug auf unterschiedliche Familienphasen,
- Jede Person im Haushalt sollte – unabhängig ob Kind oder Erwachsener – einen eigenen Raum haben können. Gegebenenfalls müßten die Wohnflächenstandards für größere Haushalte modifiziert werden.
- In Wohnungen sollten Rückzug und Zusammensein gleichermaßen möglich sein.
- Die Wohnbauförderrichtlinien der Länder sollten, wo dies noch nicht geschehen ist, „modernisiert“ werden. Eine länderübergreifende „Musterförderrichtlinie“, die die „Enthierarchisierung“ der Wohnräume unterstützt, könnte möglicherweise den Verände-

rungsprozeß fördern.

- Modellprojekte zum Thema „anpassungsfähiger Mietwohnungsbau“ sollten durchgeführt und öffentlichkeitswirksam dokumentiert werden.

Handlungsfreiraum im Wohnumfeld ist eine Voraussetzung, daß sich auch in nicht privaten, mit anderen Personen und Gruppen geteilten Bereichen Verantwortlichkeit und Ortsidentität entwickeln können. Eine abnehmende Aufenthaltsqualität des Außenbereichs, von Wegen und Straßen für nichtmotorisierte Personen, ist gleichbedeutend mit einem Verlust von Handlungsfreiraum.

Ziele und Ansätze für Verbesserungen in Bezug auf das Wohnumfeld und städtische Räume sind:

- Außenräume sollten von Personen aller Altersgruppen vielfältig nutzbar sein, d. h.
 - verkehrssichere und bespielbare Flächen und
 - gestaltbare Bereiche (z. B. Gärten)
- enthalten.

- Wohnungen sollten möglichst in der Weise angeordnet werden, daß ein Nachbarschafts- fördernder Gemeinschaftsbereich entsteht, der attraktiv und nutzbar für alle Altersgruppen und Familien ist.
- Im Wohngebiet sollte es nicht nur Kinderspielplätze geben, sondern vielmehr Orte, die alle Altersgruppen gleichermaßen ansprechen.
- Das Zufußgehen und Radfahren sollte durch eine entsprechende Bauleit- und Verkehrsplanung gefördert werden. Damit werden auch die Voraussetzungen für eine selbständige, unbegleitete Mobilität von Kindern geschaffen.
- Das ÖPNV-Angebot sollte ausgebaut und ständig verbessert werden, parallel dazu sollte der Autoverkehr in Wohngebieten verlangsamt und reduziert werden.
- Wohnungen sollten möglichst in der Weise angeordnet werden, daß ein Nachbarschafts- fördernder Gemeinschaftsbereich entsteht, der attraktiv und nutzbar für alle Altersgruppen und Familien ist.
- Um jedoch Breitenwirkung zu erreichen, bedarf es einer starken politischen Kraft. Sie müßte sich rekrutieren aus
 - starken Akteuren wie Verbänden, Arbeitsgemeinschaften (z. B. BAJ), Initiativen, Beauftragten usw.,
 - Instrumenten: Gesetzen wie dem BauGB, dem KJHG sowie Richtlinien wie den Bauordnungen und Wohnbauförderrichtlinien der Länder,
 - einer intensiven Verbraucherberatung in Form von Wohnberatung entsprechend dem Motto: „Wie gewinne ich mehr Handlungsfreiraum in Wohnung und Wohnumfeld?“,
 - Modellprojekten und Forschung, wie z. B. den ExWost-Programmen zu verschiedenen Forschungsfeldern,
 - Auslobungen von Wettbewerben, wie z. B. die Ausschreibung des Karl-Kübel-Preises, den die Karl-Kübel-Stiftung 1996 dem Thema „Familie und Wohnen“ gewidmet hat, oder Landeswettbewerben, wie sie das Land Hessen u. a. zu dem Thema „Kinder in der Stadt“ durchge-

5 Wie kann die Umsetzung gefördert werden?

Es gibt viele wegweisende Ideen, Vorschläge und Beispiele, wie vermehrter Hand-

- führt hat, der in dem Handbuch „Stadt für Kinder“ dokumentiert wurde.

Das übergreifende Ziel ist die Schaffung bzw. Vermehrung von Handlungsfreiräumen in Wohnung und Wohnumfeld vor allem für junge Menschen.

6 Literaturverzeichnis

- Bissigkummer-Moos, S., Lutz, M. und Paquale, J. (1996). Lebensräume von Mädchen und Jungen - zwei Fallstudien. In A. Flade und B. Kustor (Hrsg.), Raus aus dem Haus - Mädchen erobern die Stadt. Frankfurt: Campus.
- Fischer, M. und Stephan, E. (1990). Kontrolle und Kontrollverlust. In L. Kruse et al. (Hrsg.), Ökologische Psychologie. Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen. München/Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Flade, A. (1987). Wohnen psychologisch betrachtet. Bern: Huber.
- Flade, A. (1994). Das Kinderzimmer - ein Zimmer im Wandel. In Deutscher Kinderschutzbund (Hrsg.), Kind und Wohnen. Opladen: Leske und Budrich.
- Flade, A. (1995). Wohnbedürfnisse von Familien. In LBS-Initiative Junge Familie (Hrsg.), Wohnsituation von Familien in Deutschland. Dokumentation des Symposiums. Münster/Westfalen.
- Flade, A. (1996). Wohnraum ist Handlungsraum. Die Wohnungswirtschaft, Heft 3, 222-228.
- Flade, A., Greiff, R. et al. (1995). Die sichere Stadt. Darmstadt: Institut Wohnen und Umwelt.
- Flade, A. und Micheler, L. (1991). Mobilität und Einstellungen 10- bis 17jähriger Schulkinder zum Straßenverkehr. Darmstadt: Institut Wohnen und Umwelt.
- Flade, A. und Kustor, B. (1996). Sozialisation und Raumeignung. Darmstadt: Institut Wohnen und Umwelt.
- Gärling, T. und Gärling, A. (1988). Parents' protection of children from dangers. In J. Valsiner (Hrsg.), Child development within culturally structured environments. Vol. 1. Norwood, N.J.: Ablex Publishing Co-operation.
- Heckhausen, H. (1964): Entwurf einer Psychologie des Spielens. In: Psychologische Forschung, 27, 225-243.
- Kröning, W. (1992). Probleme und Hindernisse beim partizipatorischen Bauen. In SRL (Hrsg.), Zukunft von Wohnungspolitik und Wohnungsbau. Bochum.
- Kustor, B. (1996). Das Verschwinden der Mädchen aus dem öffentlichen Raum. In A. Flade und B. Kustor (Hrsg.), Raus aus dem Haus. Mädchen erobern die Stadt. Frankfurt: Campus Verlag.
- Nokielski, H.: Straße als Lebensraum? Funktionalisierung und Revitalisierung sozialer Räume. In: J. Krüger und E. Pankoke (Hrsg.), Kommunale Sozialpolitik. München 1985.
- Rodin, J. (1976). Density, perceived choice, and response to controllable and uncontrollable outcomes. Journal of Experimental and Social Psychology, 12, 564-578.
- Schöfl, G. (1995). Zukunft Wohnen - Reflexionen zur gestalterisch-räumlichen Dimension. Informationen zur Raumentwicklung Heft 10/11, 675-697.
- Statistisches Bundesamt (1994). Datenreport 1994. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Statistisches Bundesamt (1996). Kinderunfälle im Straßenverkehr. Auszug aus der Fachserie 8, Reihe 7 „Verkehrsunfälle 1995“. Wiesbaden
- Steffen, G. (1996). Virtuelle und vitale Stadt. Der Städtetag, Heft 5, 324-331.
- Welter, R. (1990). Therapeutische Umwelten. In L. Kruse et al. (Hrsg.), Ökologische Psychologie. Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen. München/Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Wittenberg, R. et al. (1987): Straßenverkehrsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen. Replikation einer Studie aus dem Jahre 1975/76. Bergisch Gladbach: Bundesanstalt für Straßenwesen.
- Zeiger, H. (1987). Die vielen Räume der Kinder. Zum Wandel räumlicher Lebensbedingungen seit 1945. In: Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Weinheim: Beltz.

Stadt für Kinder - Stadt für alle!

Ämter- und ressortübergreifende Strategie für mehr Kinderfreundlichkeit

Rainer Wiebusch

1 Polemische Vorbemerkung

Das plakative Motto ist Programm und Ziel zugleich: Eine Stadt (oder ein Dorf, allgemein eine Gemeinde/Kommune), die eine für die Entwicklung von Kindern positive Lebensumwelt darstellt, ist auch ein Lebensraum mit besserer Lebensqualität für (fast) alle Menschen.

Damit ist mehr gemeint als die Umwandlung von der autogerechten Stadt zur kinderfreundlichen Stadt; die Reduktion auf das Konfliktfeld "Spielplatz - Parkplatz" greift zu kurz.

Der Arbeitsansatz ist ein ganzheitlicher, ein ämter- und ressortübergreifender, ein vernetzter... eben eine systemische Strategie.

Jugendhilfe-PolitikerInnen und -PlanerInnen leiten die Sinnhaftigkeit des Projektes ab aus dem Postulat des § 1 KJHG; StadtkämmerInnen und WirtschaftsförderInnen sind begeistert, weil Kinderfreundlichkeit als wichtiger Standort- und damit Wirtschaftsfaktor erkannt wird; PolitikerInnen allgemein freuen sich über den Imagege-

winn "ihrer" Kommunen und sehen Licht im dunklen Tunnel kommunaler Problemlagen.

2 ... da warens nur noch vier

Das Deutsche Kinderhilfswerk (DKHW) hat 1988 gemeinsam mit vier Kommunen das auf fünf Jahre festgelegte Projekt "Stadt für Kinder - Stadt für alle" gestartet. In enger Zusammenarbeit mit dem DKHW sollten in den Kommunen Sarstedt (Niedersachsen 17.000 Einwohner), Lippstadt (Nordrhein-Westfalen 60.000 Einwohner), Leun/Lahn (Hessen 5.000 Einwohner) und Eching (Bayern 10.000 Einwohner) Perspektiven für eine kindgerechte und familienfreundliche Umwelt- und Stadtgestaltung aufgezeigt werden.

Als Reaktion auf eine bundesweite Ausschreibung des Projektes hatten 180 Kommunen ihr grundsätzliches Interesse bekundet; aus dem Kreis der verbliebenen 90 konkreten Bewerber wurden die vier o.g. Kommunen schließlich ausgewählt. Kriterien hierfür waren: geographische Lage, Berücksichtigung verschiedener Bundesländer, Erreichbarkeit für die DKHW-

Mitarbeiter, "ausgewogene" politische Struktur, einstimmige Absichtserklärungen der Gemeindeparlamente, nachweisbares Engagement im Sinne des Projektes und eine finanzielle Situation, die nicht von vornherein das Spektrum möglicher Verbesserungen zu sehr einschränkt. Die Auswahl der vier Kommunen ist weder als Auszeichnung anzusehen noch als Indiz dafür, daß hier besondere Defizite bestehen. Für das DKHW und die Kooperationspartner bedeutet das Projekt "nichts anderes", als sich gemeinsam auf einen Prozeß zur Verbesserung des Kinderalltags einzulassen, der - und auch darüber gibt es keine Illusionen - auch mit Sicherheit nach fünf Jahren nicht abgeschlossen ist.

3 Kinderfreundlichkeit fängt in den Köpfen an!

Damit ist gleichzeitig der erste Schwerpunkt, das erste Standbein des Projektes umrissen: Es geht um das Bewußtsein von Bürgern, Verwaltung und Politikern, Kinder und Jugendliche mit ihren Interessen ernst zu nehmen und sich in ihrem Handeln darauf einzustellen. Zu denken ist dabei an viele Dinge des täglichen Lebens: Das Verhalten gegenüber spielenden Kindern in der Nachbarschaft, das Verhalten

im Straßenverkehr gegenüber Schwächeren, die Behandlung von Kindern in öffentlichen Gebäuden, Restaurants u.v.a.m.. Hier Einfluß zu nehmen, bedeutet in erster Linie Überzeugungsarbeit, die keinesfalls immer Kosten verursacht, aber mit großen Barrieren zu kämpfen hat. Damit angesprochen sind Handlungsfelder wie Öffentlichkeitsarbeit, Vorbildfunktion, pädagogische Arbeit in Seminaren, Aktionen usw..

Das zweite Standbein des Vorhabens bezieht sich auf die planerischen und infrastrukturellen Aspekte von Kinderfreundlichkeit: die Vorsorge in der Bauleitplanung, der Verkehrsplanung, Grünflächenplanung, Organisation der öffentlichen Gebäude bis hin zu Einzelmaßnahmen wie Verkehrsberuhigung oder Anlage von Spielplätzen. Hier liegt sicher ein weites Aufgabenfeld auch kostenträchtiger Maßnahmen und Programme, aber es gibt gleichzeitig eine große Zahl von Dingen, die mit geringem Aufwand große Erfolge bringen können (Beispiel: Straßenspernung im Schulwegbereich).

In der Umsetzung des Projektes war ein zweigleisiges Vorgehen sinnvoll. Zum einen eine mittelfristig angelegte Programm- und Maßnahmeentwicklung, an-

gelegt auf einen Zeitraum von 5 Jahren und darüber hinaus: An eine ausführliche Analyse sollten sich ausgewählte Handlungs- und Maßnahmekonzepte anschließen. Die Themenbereiche für diese Konzepte umfassen praktisch das gesamte städtische Leben:

- Wohnen und Wohnumfeld
- öffentlicher Dienst
- Freizeit/Erholung
- Baustruktur
- Bildung/Erziehung/Kultur
- Freiraum/Landschaft
- Soziales/Gesundheit
- Verkehrsstruktur
- Handel/Dienstleistungen

Um gleichzeitig aber auch kurzfristig sinnvolle Ergebnisse vorzuweisen, soll ein Sofortprogramm – zunächst ohne großen finanziellen Aufwand – aufgestellt und realisiert werden. Folgender Maßnahmenkatalog soll als Diskussionsgrundlage dienen:

- Tempo 30 Zonen, (in kritischen Gebieten beginnend) flächendeckend für die

Stadt

- Halbtagsweise (Teil-) Sperrung von Straßen vor Schulen, Kindergärten, Spielplätzen ...
- Öffnung von Schulhöfen, Kindergarten-spielplätzen, Sportplätzen, Schrebergartenfreiflächen für Kinderspiel
- Zulassung von Kinderspiel auf Abstands- und Gemeinschaftsrasenflächen in städtischen und gemeinnützigen Geschoßwohnungssiedlungen als Vorbildmaßnahme für private Geschoßwohnungsgebiete
- Herausgabe eines Kinderalmanachs mit allem Wissenswerten von für Kinder von 0 - 18 Jahren und eines Kinderstadtplans
- Einrichtung von Spielecken im Rathaus und Stadtämtern mit Beispielcharakter und Aufforderung an andere Behörden und Geschäftswelt zur Nachahmung
- Anregung zur Gründung eines e.V. Kinder- und Jugendfreundliche Stadt als Träger von Maßnahmen mit Gemeinnützigkeit sowie als Nutzerorganisation

von Kindereinrichtungen für jung und alt

- Einrichtung von Fahrradstraßen im Zuge der Hauptbewegungslinien zu Zielen der Kinder, gleichzeitig Anreiz für Erwachsene, das Auto stehen zu lassen: Wege zu Zentrum, Schulen, Bahnhöfen, Freizeitstätten
- Einrichtung eines dauernd besetzten Kindersorgentelefon
- Betreute Spielangebote in Naherholungsgebieten im Fahrradeinzugsbereich bzw. in örtlichen Freibädern
- Veranstaltung eines Ideenwettbewerbes mit Vorschlägen für eine „kinderfreundliche Stadt“
- Intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Verbreitung der Ziele und Erfahrungen des Projektes

4 Das DKHW als Maßnahmeträger

Das Deutsche Kinderhilfswerk ist im Vergleich zu anderen bundesweit anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe eher als untypisch zu bezeichnen. Dem DKHW gehören fast 900 Gemeindemitglieder (mit

ca. 35 Mio. Einwohnern) und knapp 300 rechtlich selbständige Vereine, Initiativen, Organisationen etc. an. Es verfügt absichtsvoll über keine eigenen Organisationsstrukturen auf Länder- und kommunaler Ebene; die Präsenz bzw. die Arbeitsfähigkeit des Verbandes "vor Ort" wird gewährleistet durch die o.g. Mitglieder sowie durch eine Vielzahl von Kooperationspartnern und durch 200 Multiplikatoren und Entscheidungsträger, die sich dem Verband als sog. "ordentliche Mitglieder" angeschlossen haben. Das DKHW finanziert sich nur zu 1/3 aus öffentlichen Mitteln. Die strukturellen Eckdaten, die die Identität des Verbandes prägen, waren ein wesentlicher Grund dafür, daß das Projekt ohne öffentliche Subventionen durchgeführt werden sollte (und konnte!)

Die Funktion des DKHW lag in erster Linie bei der Beratung der Gemeinden. Diese Leistungen waren für die Kommunen kostenlos. Bei Einzelmaßnahmen konnten ggf. zusätzlich direkte finanzielle Zuschüsse gewährt werden.

Von Anfang an klar ausgesprochen wurden die Vorstellungen, daß die Gemeinden Hauptträger des Projektes sind. Über den finanziellen Aufwand ließen sich keine Erwartungen fixieren, dies blieb den politi-

schen Gremien der Kommunen vorbehalten. Es war davon auszugehen, daß alle Kommunen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch finanziell in besonderer Weise engagieren.

5 Ergebnisse und Perspektiven

Als offiziell und vereinbarungsgemäß die Zusammenarbeit von DKHW und den vier Kommunen im Rahmen des Projektes "Stadt für Kinder - Stadt für alle" in 1993 beendet wurde, war allen Beteiligten klar, daß das Planungsziel "Kinderfreundliche Stadt" natürlich noch nicht erreicht war. Die gemeinsamen Erfolge der 5 Jahre waren so ermutigend und motivierend, daß der Prozeß zur Schaffung einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt weiterhin einen zentralen Stellenwert im Rahmen der Stadtpolitik bzw. -entwicklung haben wird.

Die vier wesentlichen signifikanten und generalisierbaren Ergebnisse:

- Politik und Verwaltung müssen sich einstimmig, eindeutig und verbindlich zum Planungsziel Kinderfreundliche Stadt bekennen (Grundsatzbeschuß des höchsten Gremiums der Selbstver-

waltung und Dienstanweisung/Rundverfügung des Hauptgemeindebeamten)

- Zur Umsetzung (und zur Sensibilisierung, Qualifizierung, Motivierung ...) ist eine ämterübergreifende Verwaltungsarbeitsgruppe einzurichten (direkt bei der Verwaltungsspitze oder unter Federführung der Verwaltung des Jugendamtes)
- eine offensive Öffentlichkeitsarbeit erhöht die soziale Akzeptanz in der Bevölkerung und bewirkt auch durchaus einen Motivationsschub für Politik und Verwaltung
- der Partizipation der Betroffenen (Kinder, Jugendlichen, Familien, Vereinen, Verbänden etc.) kommt mehr als nur rhetorische Bedeutung zu, sie wird unabdingbare Voraussetzung für längerfristige Erfolge im Sinne einer systemischen Strategie.

Die Ergebnisse, die in der Fachzeitschrift SPIELRAUM ausführlich dokumentiert wurden, zeigen deutlich, daß kinderfreundliche Stadtgestaltung einen wesentlichen Beitrag zum aktiven Kinder- und Jugendschutz leistet.